



Hauptausschuss

23. Sitzung (öffentlich)

22. Februar 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:33 Uhr bis 11:48 Uhr

Vorsitz: Klaus Vossemer (CDU)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|-----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 3 |
| | Der Ausschuss verständigt sich auf Wunsch der AfD-Fraktion darauf, Tagesordnungspunkt 4 heute nicht zu behandeln. | |
| 1 | 2. Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen (Präsentation s. Anlage 1) | 4 |
| | Vorlage 18/1958 | |
| | – Einführung durch StS'in Gonca Türkeli-Dehnert | |
| | – Präsentation durch Frau Professorin Dr. Pickel und Herrn Professor Dr. Blätte | |
| 2 | Ausblick auf das Jahresprogramm der Landeszentrale für politische Bildung (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) | 31 |
| | – mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| | – Wortbeiträge | |

- 3 Zweiter Staatsvertrag zur Änderung des IT-Staatsvertrags 37**
- Antrag der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 18/7787
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.
- 4 Gesetz über die Offenlegung staatlicher Zahlungen an Journalisten (Zahlungsoffenlegungsgesetz NRW) 38**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/5830
- wird nicht behandelt
- 5 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlbezogener Vorschriften 39**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/7788
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich auf eine nachrichtliche Beteiligung an der im federführenden Ausschuss geplanten Anhörung.
- 6 Härtefallfonds des Bundes u. a. für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]) 40**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2267 – Neudruck
- Wortbeiträge
- 7 Verschiedenes 41**

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Klaus Vossemer informiert darüber, dass Ministerin Ina Brandes (MKW) in dieser Sitzung durch StS'in Gonca Türkeli-Dehnert (MKW) vertreten werde und Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski (Landesregierung) voraussichtlich erst ab Tagesordnungspunkt 3 an der Sitzung teilnehmen könne.

Der Ausschuss verständigt sich auf Wunsch der AfD-Fraktion darauf, Tagesordnungspunkt 4 heute nicht zu behandeln.

1 2. Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen (Präsentation s. Anlage 1)

Vorlage 18/1958

Vorsitzender Klaus Vossemer: Wir haben vereinbart, uns im Rahmen eines Workshops etwas intensiver mit dem Demokratiebericht auseinanderzusetzen. Hierzu begrüße ich sehr herzlich Frau Professorin Dr. Pickel und Herrn Professor Dr. Blätte.

StS'in Gonca Türkeli-Dehnert (MKW): Ich freue mich, dass wir heute die Zeit und Gelegenheit haben, ausführlich über den 2. Demokratiebericht, den wir Anfang Dezember vorgelegt haben, zu sprechen. Wir wollen dabei vor allem über die Erkenntnisse und die Handlungsempfehlungen des Berichts diskutieren.

Die heutige Präsentation ist dabei in die folgenden drei Teile gegliedert: Konzeption, Methodik und Ergebnisse und Handlungsempfehlungen.

Für die Präsentation sind rund 45 Minuten vorgesehen, damit wir im Anschluss noch genug Zeit haben, um uns über die Ergebnisse und die Handlungsempfehlungen auszutauschen zu können.

Ich werde zunächst über die Konzeption und die Entstehungsgeschichte berichten, die dem 2. Demokratiebericht zugrunde liegen. Danach werden Frau Professorin Susanne Pickel und Herr Professor Andreas Blätte, die den Bericht wissenschaftlich eng begleitet haben, die Methodik des Berichts sowie seine Ergebnisse und die sich daraus ableitenden Handlungsempfehlungen vorstellen.

Ausgangspunkt für den Prozess zur Erstellung des Demokratieberichts war der politische Wunsch und Wille, die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen zu stärken. Den Anstoß dazu gab im Mai 2019 ein fraktionsübergreifender Antrag von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, mit dem die Erstellung eines regelmäßigen Demokratieberichts zur Lage der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen beschlossen wurde. Auf dieser politischen Basis wurde dann im Oktober 2021 der 1. Demokratiebericht veröffentlicht und auch hier im Hauptausschuss des Landtags vorgestellt. Im Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen bekennen sich die Landesregierung tragenden Parteien ausdrücklich dazu, den Demokratiebericht auch künftig fortzusetzen. Der eindeutige politische Wunsch und Wille zur Stärkung der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen besteht also fort.

Wie wichtig und richtig das ist, zeigt sich aktuell. Denn wir müssen erleben, dass unsere Demokratie von außen und von innen angegriffen wird. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Hamasterror gegen Israel, Desinformationskampagnen, Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit, Islamismus und Extremismus jeglicher Art sind nur einige Beispiele dafür, in welchem schwierigen Umfeld die politische Bildung in diesen Tagen agieren muss.

Der Demokratiebericht liefert uns wichtige Erkenntnisse, wie wir in diesem Umfeld navigieren können und müssen. Denn er zeigt auf, was bereits gut funktioniert und wo noch Verbesserungsbedarf besteht.

Die Vorarbeiten für diesen 2. Demokratiebericht haben bereits im Sommer 2022 begonnen. Auf Basis von Erkenntnissen und offen gebliebenen Fragen aus dem 1. Demokratiebericht sowie unter dem frischen Eindruck einer historisch niedrigen Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2022 hat die Landeszentrale einen ersten Entwurf eines Forschungsdesigns erarbeitet und zugleich eine wissenschaftliche Begleitung des Berichts beauftragt.

Gemeinsam mit der wissenschaftlichen Begleitung der NRW School of Governance der Universität Duisburg-Essen wurden dann im Winter 2022 das Forschungsdesign methodisch weiterentwickelt sowie ein Fragebogen zur Durchführung einer repräsentativen Umfrage entworfen.

Zeitgleich wurde ein öffentliches Vergabeverfahren zur Beauftragung eines Meinungsforschungsinstituts durchgeführt. Anfang 2023 konnte forsa die Ausschreibung für sich entscheiden.

Gemeinsam wurde im Anschluss der Fragebogen finalisiert und durch forsa getestet. Im Frühjahr 2023 ging forsa dann ins Feld – wie die Meinungsforscher sagen – und führte die repräsentative Umfrage unter mehr als 3.000 Befragten ab 14 Jahren durch. Die Auswertung der Ergebnisse und die Ableitung konkreter Handlungsempfehlungen hieraus erfolgten im Sommer 2023 durch die wissenschaftliche Begleitung und die Landeszentrale, die daraufhin gemeinsam diesen Demokratiebericht verfasst haben.

Nach erfolgreicher Ressortabstimmung im Herbst 2023 konnten wir Ihnen den 2. Demokratiebericht am 7. Dezember des vergangenen Jahres hier im Hauptausschuss erstmals vorstellen. Seitdem hatten Sie sicherlich Gelegenheit, sich die Ergebnisse anzuschauen.

Frau Professorin Pickel und Herr Professor Blätte werden die zentralen Ergebnisse und Erkenntnisse jetzt vorstellen und dabei an einigen Stellen auch tiefer in die Details gehen. Beide stehen selbstverständlich auch für Nachfragen zur Verfügung.

Ich freue mich darauf, mit Ihnen im Anschluss sowohl über die Ergebnisse als auch über die Handlungsempfehlungen des Berichts angeregt und konstruktiv diskutieren zu können.

Prof.'in Dr. Susanne Pickel (Universität Duisburg-Essen): Wir sind nicht exzeptionell. NRW hat nicht den einzigen Bericht, sondern wir reihen uns ein in die gute wissenschaftliche Praxis, über den Zustand der Demokratie in den Bundesländern zu berichten und daraus Handlungsempfehlungen für die Politik abzuleiten.

Sie sehen in der Präsentation auf der Folie 8 auf der Karte verschiedene Nadeln. Die blauen Nadeln stehen für die Demokratie-Monitore oder Länder-Monitore der einzelnen Bundesländer. Die roten Nadeln stehen für Demokratie-Monitore oder Demokratieberichte, die von mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus im jeweiligen Bundesland Bremen und Hessen erarbeitet werden. Die kleine grüne Nadel steht für den München-Monitor. Das ist ein Stadt-Monitor, der nach einem gleichen Muster funktioniert wie dieser Demokratiebericht. Neu gibt es jetzt auch noch den Rheinland-Pfalz-Monitor, der hier schon verzeichnet, aber noch nicht publiziert ist.

Daneben existiert noch ein Berichtsverfahren über die Bundesrepublik Deutschland als Gesamtes. Vor zwei Wochen erschienen ist der Deutschland-Monitor vom Staatsminister im Bundeskanzleramt, den er federführend beauftragt hat. Das ist ein sehr wissenschaftlich geprägter Monitor.

Weiterhin gibt es noch ein Monitoring der Universität Stuttgart Hohenheim. Das wird rein wissenschaftlich durchgeführt.

Angekündigt ist ein Demokratie-Monitor, den die Bertelsmann Stiftung zusammen mit dem Wissenschaftszentrum Berlin durchführt.

Sie sehen, wir haben eine breite Palette an solchen Monitoringverfahren.

Es gibt verschiedene Stichproben, es gibt gute Stichproben, es gibt sehr gute Stichproben, es gibt optimale Stichproben. Ich würde uns bei „sehr gut“ einsortieren.

Wir haben zunächst sehr darauf geachtet, dass unsere Erhebung repräsentativ ist. Das heißt, wir arbeiten mit einem Zufallsauswahlverfahren. Das bedeutet, jede Einheit der Grundgesamtheit hat die gleiche Chance, in die Stichprobe zu gelangen. Das wird nicht irgendwo in der Einkaufszeile gemacht, sondern tatsächlich nach diesem Zufallsverfahren.

Wir haben zusätzlich eine Nacherhebung von Menschen mit Migrationsbiografie und von Nichtwählern durchgeführt. Warum haben wir das gemacht? Menschen mit Migrationsbiografie sind überbefragt, das heißt, die Tendenz, sich nicht mehr zu beteiligen, ist hoch. Deswegen braucht man da in der Regel ein zusätzliches Nacherhebungsverfahren.

Nichtwähler geben nicht gerne zu, dass sie Nichtwähler sind. Dem einen oder anderen geneigten Beobachter oder der Beobachterin wird aufgefallen sein: Es gibt nicht viele Nichtwahlstudien, weil Nichtwähler das nicht zugeben, dass sie nicht bei der Wahl waren. Jedes Mal, wenn Sie eine Nachwahlbefragung machen, ist die berichtete Wahlbeteiligung höher als die eigentliche Wahlbeteiligung. Also auch hier mussten wir noch mal nachfassen und haben darauf geachtet, dass wir eine repräsentative Nacherhebung von Nichtwählern haben.

Befragt haben wir insgesamt 3.419 Einwohnerinnen und Einwohner von Nordrhein-Westfalen. Warum ist das wichtig, dass es Einwohnerinnen und Einwohner sind? Es gibt auch Monitore, die nur mit Wahlberechtigten arbeiten. Die erfassen also keine Menschen, die nicht deutsche Staatsbürgerinnen sind.

Wir haben ein Oversampling von 502 Befragten zwischen 14 und 18 Jahren, weil die jungen Menschen uns besonders interessiert haben. Bei der anstehenden Europawahl dürfen ja auch schon 16-Jährige wählen. Also wollten wir wissen, wie die zukünftigen Erstwähler eingestellt sind, und haben deswegen hier ein für die Altersgruppe repräsentatives Oversampling durchgeführt.

Die Befragungsmethode gehört in die Reihe der sehr guten Befragungsmethoden, nämlich das sogenannte TOM-Design. Das ist eine Telefonerhebung, die sich aus Festnetz- und Mobilanschlüssen zusammensetzt. Das haben wir gezogen aus dem forsa.Omnitel und eine repräsentative Onlinebefragung aus dem forsa.Omninet. Wir haben das kombiniert, damit man junge Menschen leichter erreicht, die solche Befragungen eher im Internet durchführen als telefonisch zu erreichen sind.

Die Befragungszeitpunkte waren im März/April und Mai/Juni 2023.

Ich habe schon berichtet, dass Nichtwähler sich nicht so gerne befragen lassen. Wir haben immerhin dann noch 16 % der Gesamtstichprobe an Nichtwählern erhalten. Das ist eine kritische Größe, mit der man sehr gut statistische Analysen durchführen kann.

Der Anteil an Menschen mit Migrationsbiografie liegt bei 18 %. Das ist eigentlich auch ein recht guter Wert, weil wir die Stichprobe in deutscher Sprache durchgeführt haben. Hier liegen wir bei einem Anteil von 25 % in Nordrhein-Westfalen an Menschen mit Migrationsbiografie, die hauptsächlich die Sprache Deutsch verwenden. Wir liegen hier in einem sehr guten Bereich, um eine sehr valide Stichprobe durchführen zu können.

Ich nenne Ihnen zum Vergleich einmal weitere Monitore. Den Thüringen Monitor gibt es bereits seit über 20 Jahren, und man könnte ihn als den Standard-Monitor bezeichnen. Hier ist das Verfahren ein anderes. Hier gibt es eine quotierte Zufallsauswahl. Es wird genau aufgezeigt, wie viele Menschen in welchem Alter, mit welchem Geschlecht, mit welcher Bildung und mit welchen Wohnorten es in Thüringen gibt. Aus dieser Quote wird dann die Stichprobe bestimmt. Die Stichprobe bezieht sich auf wahlberechtigte Thüringer und Thüringerinnen, also nur auf deutsche Staatsbürger. Das Alter ist ab 18 Jahren. Jüngere Menschen, die jetzt bei der Europawahl wählen dürfen, werden nicht befragt. Die telefonische Befragung findet ausschließlich über Festnetzanschlüsse statt. Ein Gutachten hat ergeben, dass das genauso sein soll, als wenn ich das mit dem Dual Frame, also mit Mobilgeräten und dem Festnetzanschluss, durchführe.

Beim Berlin Monitor gibt es ein Verfahren, das sich Random Digit Dialing nennt. Da wird die Vorwahl von Berlin eingespielt. Dann werden per Zufallsgeneratoren Telefonnummern generiert. Da wird dann angerufen und gefragt: Wer hatte denn zuletzt Geburtstag und möchte gerne an der Befragung teilnehmen?

Zusätzlich kommt eine repräsentative Stichprobe auch aus einem Online-Access-Panel dazu. Das ist ein Standardverfahren, dass sich Meinungsforschungsinstitute Online-Panel halten mit sehr vielen Menschen darin – meistens um die 100.000 –, aus denen sie dann Zufallsstichproben ziehen können.

Hier wurden 2.000 Berlinerinnen und Berliner befragt, auch Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, auch ab 18 Jahren. Die telefonische Befragung war auch ein Mix aus Festnetzgeräten und mobilen Geräten.

Dann werde ich mit den Inhalten weitermachen und mit den Einstellungen zur Demokratie beginnen. Bei vielen Umfragen bekommen Sie etwas präsentiert, das „Zufriedenheit mit der Demokratie“ heißt. Da wird dann gesagt, die Demokratie leidet ganz stark, weil die Menschen nicht zufrieden sind. Das ist nur teilweise wahr. Wenn Sie wirklich wissen wollen, was die Menschen über Demokratie denken, als wie legitim sie Demokratie empfinden und wie anerkennungswürdig Demokratie für sie ist, dann gibt es bessere Fragen, zum Beispiel die Fragen: Wie halten Sie es mit der Demokratie als politisches System? Ist das dasjenige politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt? Wir haben also einen Bezug zur Gesellschaft als solche. Dann erhalten Sie eine breite Unterstützung der Demokratie. Man würde also annehmen, dass die Demokratie in Nordrhein-Westfalen, aber auch in Deutschland breit verankert ist. Die Werte sind deutschlandweit ähnlich. Wir fallen da nicht aus dem Rahmen. Wir

haben hier eine Mehrheit von 91 %. Bei den jungen Menschen ist das mit 94 % sogar noch höher.

Wenn ich so etwas frage, sollte immer die nächste Frage lauten: Was ist denn Demokratie für Sie? Was bedeutet Demokratie für Sie? Über viele Jahrzehnte hat die Forschung angenommen, alle Menschen verstehen unter Demokratie so etwas wie Freiheit. Dann hat man doch irgendwann eingesehen: Das verstehen nicht alle Menschen darunter, sondern es gibt unterschiedliche Ansätze zur Demokratie, die auch ganz gerne gemischt werden.

Wir haben uns auf die Spur dieses Verständnisses gesetzt. Im 1. Demokratiebericht ist das ja auch schon erhoben worden. Wir haben das etwas verändert, weil wir wissen wollten, ob es einen Mix gibt aus Verständnissen der Demokratie, die dem klassisch-liberalen Verständnis oder auch einem sozialdemokratischen Verständnis entsprechen, und Ansätzen und Eigenschaften, die eigentlich nicht als demokratisch bezeichnet werden können, sondern die sich aus anderen politischen Systemen ziehen, meistens aus autokratischen Systemen.

Was haben wir festgestellt? Wir können sehen, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen zwischen zwei Konzepten unterscheiden können. Jeder Block, den Sie auf Folie 13 sehen, steht für ein Konzept. Wir gucken: Wie bündeln Menschen in ihrem Verständnis von Demokratie bestimmte Eigenschaften?

Den oberen Block haben wir „Verfassungsrechtliches Demokratiekonzept“ genannt. Sie sehen sehr starke Balken, die alle über 90 % gehen. Wir haben also hier eine große Einsicht der Menschen, dass Demokratie etwas zu tun hat mit Meinungs- und Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Machtwechseln und Gewaltenteilung.

Der zweite Block bezieht sich auf ein lebensweltliches Demokratiekonzept. Da geht es eher um Verfahren wie Kompromissfähigkeit, den Respekt vor Andersdenkenden, Chancengleichheit und eine offene Konfliktaustragung.

Der letzte Block sind eher nichtdemokratische Konzepte von politischen Systemen, wo wir sehen: Die Durchsetzung nationaler Interessen als primäres Ziel der Politik genießt noch sehr viel Zustimmung, aber bei den anderen bröckelt es. Nichtsdestoweniger haben wir hier eine Zustimmung von mindestens einem Drittel.

Wir sehen auch, dass das Konzept des Verfassungsrechts und das der Lebenswelt für die Menschen nahezu gleich wichtig sind. Wir sehen auch, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen sehr wohl unterscheiden können, was denn zur Demokratie gehört und was vielleicht eher nicht zur Demokratie gehört, denn der letzte Block unten ist doch relativ klein.

Worin unterscheiden sich diese Blöcke? Haben wir da vielleicht eine Struktur? Wir haben sie. Das Alter ist praktisch irrelevant. Mit der Bildung gibt es einen Zusammenhang. Menschen mit formal niedrigerer Bildung halten es nicht so stark mit der Gewaltenteilung. Das ist ihnen nicht so wichtig. Ihnen ist wichtiger, dass es eine starke Führungsperson gibt. Wir haben explizit danach gefragt, dass diese Führungsperson sich nicht um die Zustimmung des Parlaments kümmern muss. Diese Menschen würden auch eher Minderheitenrechte einschränken und nationale Interessen vertreten.

Das Wichtigste ist allerdings die sogenannte relative Deprivation. Das sind Menschen, die den Eindruck haben, sie kommen zu kurz gegenüber anderen Menschen, sie haben nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard, sondern sie werden benachteiligt gegenüber anderen Menschen. Wenn ich das mit hinzunehme, dann bin ich sehr deutlich schon im Bereich des dritten Blocks unten unterwegs. Das hängt sehr eng mit diesem Benachteiligungsgefühl zusammen.

Wir sehen also: Demokratieverständnis geht deutlich über Meinungsfreiheit oder Freiheit hinaus. Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Politik gehören mit dazu.

Jetzt könnte man annehmen: Es ist alles schön, wir haben eine hohe Zustimmung zur Demokratie, die Menschen können zwischen Demokratie und Autokratie unterscheiden. – Leider ist nicht alles gut, und das sehen wir auf Folie 14. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass die Menschen sagen, Demokratie sei ein gutes politisches System, das unserer Gesellschaft am angemessensten ist. Wir haben zwar gesehen, dass sie ein Konzept von Demokratie haben. Aber wir wissen immer noch nicht, wie die Zustimmung ist zu nichtdemokratischen Vorstellungen, zu Alternativen der Demokratie, die mit Demokratie kombiniert werden und gleichfalls Anerkennung finden.

Wir haben deshalb danach gefragt: Es gibt auch andere Systeme als Demokratie. Was könnten Sie sich denn vorstellen, was für uns vielleicht auch noch gute Formen wären? – Die blauen Blöcke sind groß bei der Demokratie, dabei, dass sie gut zu unserer Gesellschaft passt, und weniger groß bei: Eine Diktatur könnte unter Umständen eine bessere Staatsform sein. Wir hätten gerne eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert. Wir hätten gerne einen Führer, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert. – Das ist das Wording unserer Fragen.

Wir haben in einer Sechskerskala abgefragt. Das geht ganz gut, weil die Menschen das mit Noten assoziieren. Sie sehen, dass wir hier bei den blauen Blöcken bei der einzigen starken Partei doch einen relativ großen Block erkennen können. Jetzt wissen wir ungefähr, wie groß die Bedeutung und das Ausmaß an nichtdemokratischen Systemelementen ist.

Wir haben bei unserer Forschung im Rahmen des Demokratieberichtes auch erkannt, dass die Menschen der dauerhaften politischen Auseinandersetzung mit der Multikrise doch etwas überdrüssig sind und sich in diesem Kontext dann doch wünschen, dass sich vielleicht eine Partei, die nicht so viel streitet, mit den Themen auseinandersetzt.

Wenn wir jetzt anfangen, das zu kombinieren, dann stellen wir fest, dass wir hier drei Typen unterscheiden können:

Einen Typus haben wir „Demokraten“ genannt. Das sind Menschen, die sich ausschließlich positiv zur Demokratie als angemessenes politisches System für unsere Gesellschaft äußern und alle nichtdemokratischen Systemalternativen ablehnen.

Dann gibt es eine Gruppe, die wir „fragile Demokraten“ genannt haben. Diese Menschen kombinieren eine Unterstützung der Demokratie mit der Unterstützung entweder eines Führers, eines Einparteiensystems oder einer Diktatur oder zwei oder drei Systemelementen.

Dann haben wir noch eine kleine Gruppe, die wir „Anti-Demokraten“ genannt haben. Die unterstützen Demokratie gar nicht, dafür aber eine oder zwei oder drei Systemalternativen.

Wer sind diese Menschen? Wir haben sie hinsichtlich der Sozialstruktur untersucht. Wenn wir einen Blick auf die Demokraten werfen, dann werden wir feststellen – das sind die grünen Pfeile auf Folie 16 –, dass die sich eher bei den jungen Menschen finden, bei Menschen mit hoher formaler Bildung und bei der Parteizuordnung eher bei SPD und Grünen.

Dann haben wir die Gruppe der fragilen Demokraten; Sie sehen die roten Pfeile. Die finden wir eher bei den mittelalten Menschen, also bei denjenigen Menschen, die – wie man so schön sagt – mitten im Leben stehen, Kinder haben und vielleicht Probleme haben, ihr Einkommen zu sichern. Das sind Menschen mit etwas niedrigerer formaler Schulbildung und eher Anhänger der AfD.

Die Autokraten haben wir gar nicht mehr genau analysiert, weil es 5 % sind. Aber Sie sehen, wo die roten Balken am größten sind. Wir finden die natürlich im Bereich der Nichtwähler. Wenn ich Demokratie ablehne, ist die Wahl auch kein Verfahren für mich.

Warum denken die Menschen, dass man autokratische Elemente gut mit der Demokratie kombinieren könnte? Das hat zu tun mit Enttäuschungen von der Leistungsfähigkeit und politischen Gestaltung der Parteien und Politikerinnen und Politiker. Die greifen in diese grundsätzliche Unterstützung der Demokratie über und auch in die Unterstützung der Demokratie, wie sie im Grundgesetz verankert ist. Das sind zwei grundlegende Elemente, die die Demokratie stabilisieren. Deswegen ist diese Gruppe der fragilen Demokraten, die insgesamt 28 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen ausmacht, auch ein Potenzial der Gefährdung des demokratischen Grundkonsenses, weil sie sich eben auch überzeugen lassen, Elemente in die Demokratie einzuführen, die nichtdemokratisch sind. Unter Reformen wird dann eben auch mal verstanden, dass man den Parteienpluralismus einschränkt oder sich einer Person unterordnet, die womöglich oder vielleicht oder auch nicht besser weiß, was gut für die Bürgerinnen und Bürger ist.

Als Hauptursachen für diese Einstellungen haben wir im Wesentlichen drei Aspekte ausgemacht. Die Hälfte derjenigen, die ein demokratisches System ablehnen, fühlt sich um ihren gerechten Anteil am Lebensstandard betrogen und denkt, dass sie mit einer Autokratie bekäme, was ihr angeblich zusteht. Wir haben also hier wieder das Phänomen der relativen Deprivation. Bei den Menschen, die den Eindruck haben, zu kurz zu kommen, ist der blaue Balken auf Folie 17 relativ kurz. Wenn Sie das mit dem oberen blauen Balken des Gesamtanteils an Demokraten vergleichen, ist er deutlich kürzer. Er weicht also signifikant davon ab.

Ein weiterer Grund ist die Neigung zu Verschwörungsmythen. Auch hier sehen Sie: Der Balken ist deutlich kürzer als der Gesamtbalken oben. Wenn man glaubt, dass höhere Mächte oder bestimmte Gruppen einen Einfluss auf die Politik haben, im Hinterzimmer handeln und die Politiker nur Marionetten sind, und sich damit eine eigene Wirklichkeit kreiert, ist das Gift für die Demokratie, weil man nicht mehr versteht, wie politische Prozesse tatsächlich funktionieren. Diese Verschwörungsmythen sind auch

Brückenideologien zu Rassismus, Antifeminismus, Antisemitismus und weiterem bis hin zum Extremismus und führen in der Regel dazu, dass man sich von der Demokratie, wie sie im Grundgesetz vorgesehen ist, abwendet.

Lebensunzufriedenheit hat einen ähnlichen Effekt. Der Pfeil ist deshalb da, weil hier das Item gedreht war. Man macht das aus methodischen Gründen, um die Aufmerksamkeit bei der Befragung hochzuhalten. Wir können hier sehen: Wer mit dem Leben zufrieden ist, ist auch eindeutig eher der Demokratie zugeneigt als Menschen, die unzufrieden sind. Das wird wahrscheinlich auch niemanden wundern.

Was sind die Folgen dieser Einstellungen? Wir haben einmal festzustellen: Wenn das Demokratieverständnis auch Einheiten inkludiert, die nicht mehr als Demokratie beschrieben werden können, dann wenden sich die Menschen von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ab. Das gilt für die anderen Faktoren, nämlich relative Deprivation, Lebensunzufriedenheit und Verschwörungsgläubigkeit, ganz genauso. Alle vier führen dazu, dass man sich zumindest teilweise von unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung abwendet. Mit dem Demokratieverständnis einher gehen oft Forderungen nach einer Art Verbesserung der Demokratie, die aber nicht im Rahmen der demokratischen Verfahren abläuft, sondern von diesen Verfahren abweicht.

Relative Deprivation führt dazu, dass man gerne Etabliertenvorrechte für sich in Anspruch nimmt und eine Spaltung zwischen den Wir- und den Fremdgruppen aufmacht, also für eine gespaltene Gesellschaft und gegen den gesellschaftlichen Zusammenhalt agiert.

Die Lebensunzufriedenheit geht häufig einher mit Politiker- und Parteienverdrossenheit und steht in Wechselwirkung mit der relativen Deprivation. Diese beiden Faktoren hängen sehr eng zusammen.

Die Verschwörungsgläubigkeit, die ich als Gift für die Demokratie bezeichnet habe, führt auch zu Populismus, also dazu, sich von Vereinfachungen der komplexen Realität überzeugen zu lassen, und zu einer Ausbildung von Wir- versus Fremdgruppen. Man bezeichnet das auch als bindendes Sozialkapital. Man sitzt also in seiner Gruppe zusammen, und in der Gruppe gibt es Solidarität und Miteinander. Menschen, die nicht zu dieser Gruppe gehören, werden exkludiert. Das führt zu politischem Misstrauen. Es gibt kein politisches Vertrauen in der Gruppe der Verschwörungsgläubigen. Es führt zu allen Formen von Rassismus. Das Abgleiten in Extremismus ist möglich. Das ist kein Automatismus, aber dieses Abgleiten ist möglich.

Prof. Dr. Andreas Blätte (Universität Duisburg-Essen): Herzlichen Dank für die Gelegenheit, hier mit Ihnen zu den Ergebnissen des Demokratieberichtes in die Diskussion kommen zu können.

Teil des Auftrages des Landtags war, dass wir das Phänomen der Nichtwahl ausleuchten angesichts der sehr niedrigen Wahlbeteiligung von 55 % bei der Landtagswahl 2022. Das war tatsächlich eine historisch niedrige Wahlbeteiligung für das Land Nordrhein-Westfalen. In dem Verlaufsdiagramm auf Folie 19 ist das mit dem roten Punkt markiert. Das liegt etwas unter der niedrigen Wahlbeteiligung von 2000 von auch nur 56,7 %. Aber es ist ein historischer Tiefstand.

Wir arbeiten im Bericht heraus, dass es auch im Ländervergleich eine sehr niedrige Wahlbeteiligung an einer Landtagswahl ist. Im Schnitt der letzten 20 Jahre liegen hinter Nordrhein-Westfalen nur Brandenburg, Bremen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Wir haben Rang elf. Hessen, Schleswig-Holstein und Berlin belegen die ersten drei Plätze.

Die Beteiligung an den Landtagswahlen liegt zwar etwas oberhalb der Beteiligung an Kommunalwahlen und bei den Europawahlen, aber deutlich hinter der Wahlbeteiligung, die wir bei Bundestagswahlen auch in Nordrhein-Westfalen sehen. Das heißt, die Wählerinnen in Nordrhein-Westfalen sind nicht per se wahlmüde, aber sie haben nicht ausreichend starke Gründe, sich an den Wahlen hier zu beteiligen.

Im Bericht erklären wir das sehr stark über das politische Interesse, das stark auf die Bundespolitik ausgerichtet ist, aber schwächer auf die Landespolitik.

In einer Studie – die komplementär zu unserer ist – der Kollegen Korte, Schwanholz, Rakers, Höpfner und Alma auch im Auftrag des Landtages wird von einer landespolitischen Sehschwäche gesprochen. Diese Studie, die mit Fokusgruppen gearbeitet hat, leuchtet auch aus, dass es ein sehr geringes politisches Wissen gibt unter denjenigen, die sich nicht an Wahlen beteiligen.

In Nordrhein-Westfalen haben wir vor allem eine Schwäche bei der Beteiligung an den Landtagswahlen. Wir sind nicht irgendwie das Nichtwahlland Nummer eins des Westens.

Die Ergebnisse des Demokratieberichtes beruhen schwerpunktmäßig auf der Befragung, die wir durchgeführt haben. Die Kollegin Pickel hat ja bereits erläutert, wie schwierig es ist, die Gründe für Nichtwahl auszuleuchten, weil bekennende Nichtwählerinnen eben nur ein Teil der derjenigen sind, die tatsächlich nicht zur Wahl gegangen sind. Insofern kombinieren wir im Bericht die Ergebnisse zur Nichtwahl mit Ergebnissen des Landeswahlleiters und mit der amtlichen Statistik.

Grundsätzlich sind die Kategorien Alter, Geschlecht, soziale Lage, auch Migrationsbiografie wichtig für die Erklärung politischen Verhaltens und politischer Einstellungen. Wir arbeiten entlang dieser Kategorien auch im Demokratiebericht. Bei der Erklärung von Nichtwahl sind die Geschlechterunterschiede zu gering, als dass wir sie vertieft behandeln würden. Das gilt im Übrigen auch für die Kategorie des Migrationshintergrundes.

Politische Beteiligung wird allerdings sehr stark über ökonomische Faktoren erklärt. Grundsätzlich gilt der Zusammenhang: Je stärker der sozioökonomische Status einer Person, desto stärker das Ausmaß der politischen Beteiligung. Das heißt, auch Bildungsabschlüsse sind immer ein wichtiger Indikator für politische Beteiligung.

Im Demokratiebericht bilden wir das auch ab über den Zusammenhang sozialräumlich betrachtet zwischen der ökonomischen Stärke von Regionen und der Wahlbeteiligung, die wir hier feststellen. Im rechten Diagramm auf Folie 20 sehen Sie fast einen idealen positiven Zusammenhang. Das heißt, je höher das durchschnittliche Einkommen pro Einwohnerin oder Einwohner in Kreisen und kreisfreien Städten, desto höher ist die Wahlbeteiligung in diesen regionalen Einheiten.

Visuell intuitiver sehen Sie das auf der linken Seite. Das sind die Wahlkreise zur Landtagswahl 2022. Datenbasis ist hier eine Abbildung des Landeswahlleiters. Wir sehen

hier: Dort, wo die ökonomische Lage stärker ist, ist auch die Wahlbeteiligung höher. Oder spiegelbildlich: In den Regionen, die stark vom Strukturwandel geprägt sind, in denen die sozioökonomische Lage schwieriger ist, ist auch die Wahlbeteiligung niedriger. Das gilt etwa für die nördlichen Ruhrgebietswahlkreise.

Ein wichtiges Ergebnis oder etwas, was man im Hinterkopf behalten kann: Sehr oft wird diskutiert, dass die ländlichen Räume von Deprivation geprägt sind, dass sie abgehängt sind, dass sie Orte der geringeren politischen Beteiligung sind. Der Deutschland-Monitor rückt das sehr stark in den Vordergrund. Das ist etwas, was wir für Nordrhein-Westfalen so nicht feststellen können, weil wir hier eine Sonderlage durch den Strukturwandel haben.

Nun zu Alter und Wahlbeteiligung: Grundsätzlich hat man hier den Zusammenhang, dass mit dem Lebenszyklus die Wahlbeteiligung ansteigt. Bei dieser Abbildung auf Folie 21 auf Grundlage der amtlichen Wahlstatistik sehen wir, dass das praktisch mit den Alterskohorten stufenförmig ansteigt. Wir vergleichen hier zwei Messzeitpunkte. Das ist die Wahlbeteiligung in den Alterskohorten bei der Landtagswahl 2022. Dann haben wir für die Wahlen 2010 bis 2017 einen Schnitt gebildet. Wir sehen grundsätzlich eine S-Kurve, das heißt, mit dem höheren Alter über 70 Jahre nimmt die Wahlbeteiligung ab. Das hat auch schlicht und einfach mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen in dieser Altersgruppe zu tun und ist insofern nicht sehr bemerkenswert.

Allerdings: Die Jüngeren sind durchschnittlich besser für die Wahlen mobilisierbar. Das ist ein Effekt der Bildungsinstitutionen. Jüngere Wählerinnen können über die Schule über politische Bildung an das Wählen herangeführt werden. Das heißt, Erstwählerinnen gehen im Vergleich zu den 20- bis 29-Jährigen überproportional zur Wahl.

Wir sehen allerdings auch eine Sonderlage bei der letzten Wahl 2022, nämlich Einbrüche bei 40- bis 44- und 45- bis 49-Jährigen, also bei denjenigen in der Lebensmitte. Das spiegelt etwas, was Susanne Pickel hervorgehoben hat. Dass wir hier eine stärkere Lebensunzufriedenheit haben, hat sicherlich auch sehr stark mit Effekten der Pandemie zu tun.

Und: Wir sehen einen sehr starken Einbruch von mehr als 10 % bei den Erstwählerinnen. Studien legen nahe, dass das mit dem Ausfall der Schule als Bildungseinrichtung in der Pandemie zu tun hat. Während der Pandemie ist es nicht gelungen, die Erstwählerinnen über die Schulen, über die Bildungseinrichtungen abzuholen.

Flankierend hierzu einige Hinweise zum thematischen Interesse jüngerer Wählerinnen: Wir haben 500 Befragte im Alter von 14 bis 18 Jahren. Wir haben gefragt: An welchen Themen der politischen Bildung besteht Interesse? Drei Punkte stechen besonders deutlich hervor gegenüber den Mittelwerten bei den anderen Altersgruppen. Jüngere Menschen interessieren sich besonders für die Themen „Umwelt und Klimawandel“, „Menschenrechte“, „Rassismus und Diskriminierung“. Damit stehen aber auch Themen im Vordergrund, die sich oft landespolitischen Regelungsmöglichkeiten entziehen. Damit liegt das Interesse für Politik in Nordrhein-Westfalen unter dem politischen Interesse von älteren Altersgruppen. Das überträgt sich auch auf das Wahlverhalten bei den Landtagswahlen, das wir erheben konnten.

Um nun den Bogen zu schließen zu den Demokratietypen, die Susanne Pickel dargestellt hat, zunächst eine Vorbemerkung: Was bringt also die Beteiligung an Wahlen bezüglich des Verhältnisses zur Demokratie zum Ausdruck? Immer wieder ist in der Diskussion zu hören, dass eine geringe Wahlbeteiligung auch Ausdruck politischer Zufriedenheit sein könnte. Also: Es läuft gut. Die Politik macht ja ihre Sache. Man muss sich über nichts groß aufregen. Dann kann man zu Hause bleiben. Nichtwahl wäre dann kein besonderes politisches Problem.

Das ist eine Spekulation, die sich empirisch nicht erhärten lässt. Wenn wir die bekennenden Nichtwähler in unserer Umfrage ausleuchten, dann zeigt sich ein klarer Zusammenhang: Wer unzufrieden ist mit der Demokratie, wie sie im Grundgesetz bestimmt ist, ist mit höherer Wahrscheinlichkeit Nichtwähler. Wer mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden ist, ist ebenfalls stärker im Feld der Nichtwählerinnen zu finden. Also: Die These der zufriedenen Nichtwählerinnen ist nicht haltbar. Nichtwählerinnen sind deutlich unzufriedener mit der Demokratie als diejenigen, die vom Wahlrecht Gebrauch machen.

Insofern überrascht es auch nicht, dass wir im Bereich der bekennenden Nichtwählerinnen die fragilen Demokratinnen und die Anti-Demokratinnen stärker finden als bei denjenigen, die vom Wahlrecht Gebrauch machen.

Nichtwählerinnen sind auch mit ihrer Lebenslage unzufrieden. Mit dem Konzept der Deprivation erfassen wir, inwiefern Personen den Eindruck haben, dass sie nicht den gerechten Anteil an den Gütern der Gesellschaft erhalten. Hier sehen wir wiederum, dass bei den Nichtwählerinnen ein knappes Drittel denkt, dass es weniger bis sehr viel weniger als den gerechten Anteil an den Gütern der Gesellschaft erhält. Insofern haben wir also hier dieses Gesamtbild, dass unter den bekennenden Nichtwählerinnen mehr fragile Demokratinnen und Demokraten sind, als wir das bei den Wählerinnen sehen.

Der Bericht hat auch eine offene Frage gestellt: Warum ist man nicht zur Wahl gegangen? Anders als bei den geschlossenen Erhebungsinstrumenten, bei denen Antwortkategorien vorgegeben sind, bietet dies die Möglichkeit, dass die Befragten selber unabhängig von den Relevanzsetzungen durch uns – durch die Wissenschaft – sagen können, was sie bewogen hat, nicht zur Wahl zu gehen. Hier sehen wir: Nicht das Wetter hat jemanden abgehalten, zur Wahl zu gehen, sondern das sind eindeutige Bekundungen politischer Unzufriedenheit. O-Töne aus diesen offenen Fragen sind: Durch Wahlen würde sich ohnehin nichts ändern. Ich konnte keine Partei mit voller Überzeugung wählen. Ich denke, es geht nicht mit rechten Dingen zu. Ich glaube nicht, dass es faire Wahlen gibt. Ich vertraue den politischen Wahlversprechungen nicht. – Also: Nichtwahl ist Ausdruck von politischer Unzufriedenheit.

Wenn wir das jetzt insgesamt kontextualisieren, dann haben wir mit dem Demokratiebericht frische Erkenntnisse zur Lage der Demokratie in Nordrhein-Westfalen. Aber nicht jeder Zusammenhang, der bundesweit diskutiert wird, bildet sich eins zu eins für Nordrhein-Westfalen ab. Wenn etwa der Demokratie-Monitor sagt, es gibt diese abgehängten ländlichen Räume, und dort haben wir eine weitverbreitete Deprivation, Unzufriedenheit mit der Politik und Nichtwahl, ist das nicht das, was wir für Nordrhein-Westfalen finden. Umgekehrt: Wir haben die Regionen, die stark vom Strukturwandel

geprägt sind, in denen die sozioökonomische Lage schwieriger ist, in denen auch die Wahlbeteiligung niedriger ist und wir dieses Syndrom haben von niedriger Wahlbeteiligung, dem Gefühl der Deprivation und einer stärkeren Präsenz der fragilen Demokratinnen.

Trotzdem – und dies deckt sich mit der Befundlage –: Wir sehen, dass es eine Fragilität gibt. Ein Drittel zählt zu den fragilen Demokratinnen und Demokraten oder ist gar zu Anti-Demokraten geworden. Das ist kein Phänomen nur der politischen Ränder. Wir wollen in Folgestudien stärker ausleuchten, was sich da eigentlich in der Lebensmitte bei den 40- bis 49-Jährigen tut. Das muss Anlass zur Beunruhigung sein. Wir können das eben nicht nur auf die politischen Peripherien schieben, dass hier etwas im Zusammenhang mit der Demokratie wackelt.

Es gibt Stellschrauben. Was unseren Bericht auch ein Stück weit von anderen Zugängen unterscheidet, ist, dass wir den Mechanismus der Responsivität starkmachen. Responsivität wird hier nicht verstanden als ein Folgen der Politik den Präferenzen der Bürgerinnen, also dass man den Stammtischen oder der Straße hinterherläuft, sondern Responsivität verstehen wir als eine Kommunikationsbeziehung zwischen politischen Akteurinnen und Bürgerinnen. Das setzt sich aus dem Gefühl seitens der Bürgerinnen zusammen, gehört zu werden, dem Gefühl, dass Politik auch erklärt wird, und dem Gefühl, dass ihre Meinung zählt, dass sie auf politische Zusammenhänge einwirken können. Dadurch kann Politik handeln. Politische Kommunikation wird schwieriger durch die Dynamiken in den sozialen Medien. Aber trotzdem kann man hier etwas tun.

Wir haben eine Stellschraube: Interesse wecken. Es gibt ein stark ausgeprägtes fehlendes Interesse bezogen auf die Landespolitik. Hier sind die Einrichtungen, die dafür einschlägig sind, aufgerufen, stärkeres Interesse für die Politik in Nordrhein-Westfalen zu wecken. Wir sind ein Land unterdurchschnittlicher Wahlbeteiligung, aber das ist kein Naturgesetz, weil Menschen sich ja politisch beteiligen.

Ich schließe jetzt mit den Handlungsempfehlungen, die am Ende des Berichtes stehen. Diese haben wir als wissenschaftliche Begleitung zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung erarbeitet.

Responsivität macht einen Unterschied. Aber die Kommunikationsbedingungen für die politische Bildung verändern sich. Insofern kann und sollte politische Bildung das Konzept der aufsuchenden politischen Bildung weiter verfolgen. Nicht alle Menschen sind gleichermaßen gut erreichbar. Deswegen bietet sich dieses Konzept der aufsuchenden politischen Bildung an.

Damit im Zusammenhang steht, dass Angebote der politischen Bildung zielgruppenorientiert und niedrigschwellig sein müssen. Nicht alle sind auf den gleichen Wegen erreichbar. Man kann die Menschen abholen bei den Themen, die sie interessieren.

Das Mediennutzungsverhalten ändert sich. Jüngere Menschen sind sehr viel stärker in den sozialen Medien unterwegs. Damit ist nicht Facebook gemeint, sondern Instagram oder insbesondere neuerdings auch TikTok. Die politische Bildung sollte auch diese Formate nutzen, um ansonsten geschlossene politische Kommunikationsräume knacken zu können und hier präsent werden zu können.

Selbstwirksamkeit hat einen starken Effekt auf Wahlbeteiligung. Im lokalen politischen Raum ist es besonders leicht möglich, demokratische Erfahrungen zu sammeln, die sich dann übersetzen in politisches Interesse und damit dann in Wahlbeteiligung. Das heißt, Möglichkeiten der politischen Beteiligung sollten weiterhin ausgebaut werden.

Wer sich mit dem Land auskennt, wer Kenntnisse zur Politik in Nordrhein-Westfalen hat, wird sich stärker an Wahlen beteiligen. Insofern bleibt es ein Auftrag, Kenntnisse über das Land und über die Landespolitik zu vermitteln. Kenntnisse zu den Wahlen werden auch über ein Instrument wie den Wahl-O-Mat vermittelt. Insofern sollte dieses Instrument auch weiterverfolgt werden.

Politische Bildung kann informieren und mobilisieren, aber Wirksamkeit gewinnt sie erst durch Kooperationen. Insofern vermitteln wir im Demokratiebericht auch, dass es einen starken Zusammenhang gibt zwischen Bildungsabschlüssen, politischem Interesse, Selbstwirksamkeit, Wahl und Nichtwahl. Aber wir stellen eben auch fest, dass es vor allem die Inhaberinnen höherer formaler Bildungsabschlüsse sind, die eine starke Tendenz haben, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Politische Bildung sollte aber nicht ein Privileg der Gymnasien sein. In Kooperation mit außerschulischen Trägern der Bildung sollten politische Medienkompetenz und Demokratiebildung stärker in die Breite getragen werden.

Die Schwierigkeit, bestimmte Gruppen zu erreichen, bedeutet auch – das meint das Format der aufsuchenden politischen Bildung –, dass man dort hingehet, wo politische Willensbildung passiert. Aber das kann auch in vermeintlich unpolitischen Kontexten der Fall sein. Insofern sollte politische Bildung sich auch aus den einschlägigen Zusammenhängen heraus bewegen, den Kontakt suchen, etwa zu Sportvereinen oder bei öffentlichen Veranstaltungen oder vermeintlich unpolitischen Formaten wie Stadtfesten.

Schließlich: Junge Menschen wissen es zu schätzen, wenn sie in die Angebote einbezogen sind. Sie wissen Interaktivität zu schätzen. Das spricht sehr dafür, Formate zu verwenden, auch digitale Formate, die Jugendlichen Mitwirkungsmöglichkeiten geben.

Das sind die Handlungsempfehlungen, die wir zusammen mit der Landeszentrale erarbeitet haben.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, die wissenschaftliche Begleitung des Berichtes leisten zu können. Wir sind selber in der wissenschaftlichen Diskussion. Heute wird der Deutschland-Monitor vorgestellt. Susanne Pickel war bei der informellen Diskussion beteiligt. Ich werde nachher noch an einer Veranstaltung in Berlin teilnehmen. An der NRW School of Governance setzen wir die Diskussion fort im wissenschaftlichen Kontext. Wir haben eine Veranstaltung für den 3. Mai geplant. Der Deutschlandkongress der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) ist ein Austauschforum auch für die verschiedenen Monitore, über die wir einen Überblick gegeben haben.

Wir freuen uns jetzt sehr auf den Austausch mit Ihnen.

Verena Schäffer (GRÜNE): Vielen Dank für den Input, aber vor allen Dingen für den Demokratiebericht, aus dem wir ganz viele Erkenntnisse ziehen können. Wir werden

bei unseren politischen Diskussionen sicherlich immer wieder auf den Bericht zurückgreifen.

Bevor ich zu meinen zwei Fragen komme, möchte ich Ihnen in einem Punkt etwas widersprechen. Sie sagten zum Thema „junge Menschen und Wahlbeteiligung“, ihre Interessen lägen bei Umwelt, Klima, Menschenrechten, Rassismus und Antidiskriminierung und dass das keine Landesthemen wären. Da würde ich Ihnen als überzeugte Landespolitikerin sehr engagiert widersprechen, weil es bei diesen Themenfeldern sehr viele Aufgaben gibt, die wir auf Landesebene bearbeiten. Das ist vielleicht nicht so bekannt. Vielleicht können wir uns darauf einigen, dass wir das bekannter machen müssen, wie viel wir in diesen Themenfeldern tun, wie viele Stellschrauben wir da haben und wie wir Dinge verändern und vorantreiben. – Sie nicken. Dann sind wir da vielleicht gar nicht so weit auseinander.

Erste Frage: Man sagt, es sei wichtig, dass Erstwählerinnen und Erstwähler wählen gehen, weil es einen Gewöhnungseffekt gibt. Wenn ich einmal wählen war, dann gehe ich auch ein zweites Mal wählen. Ich frage mich angesichts dieses ja doch dramatischen Einbruchs bei den letzten Landtagswahlen in der jüngeren Altersgruppe: Was heißt das für uns in Bezug auf die nächste Landtagswahl und die 23- bis 25-Jährigen? Ist ein Gewöhnungseffekt zu erwarten, sodass sie auch weiterhin nicht zur Wahl gehen? Müssen wir bei der nächsten Landtagswahl einen besonderen Fokus auf diese Altersgruppe legen?

Meine zweite Frage bezieht sich auf die aktuellen Demonstrationen für Demokratie, für eine vielfältige Gesellschaft, gegen Rassismus, gegen Rechtsextremismus. Das konnten Sie logischerweise im Demokratiebericht nicht untersuchen. Da gab es das ja noch nicht. Mich würde Ihre Einschätzung interessieren, welche Effekte Sie daraus erwarten für eine Wahlbeteiligung, für ein Interesse an Politik und vielleicht auch für ein Aufbrechen dieser Krisenmüdigkeit. Ich glaube, dass das für viele Menschen auch eine Art Selbstwirksamkeitserlebnis ist: Ich kann auf die Straße gehen, ich kann meine Meinung kundtun und erlebe das auch gemeinsam mit vielen anderen Menschen. – Mich interessiert, wie Sie das einschätzen.

Daniel Hagemeier (CDU): Auch im Namen der CDU-Fraktion vielen Dank für Ihre Ausführungen zum Demokratiebericht. Auch wir haben zu Beginn zwei Fragen.

Erstens. Wie gehen wir mit den Handlungsempfehlungen um, für mehr politische Bildung in den sozialen Medien einzustehen, wenn Instagram, Facebook und andere ihre Algorithmen genau dagegenstellen?

Zweitens. Sie thematisieren in den Handlungsempfehlungen insbesondere die aufsuchende politische Bildung. Das kann aus unserer Sicht nicht nur in einer speziellen Woche stattfinden, sondern muss kontinuierlich in den Lebensalltag der Menschen integriert werden. Teilen Sie diese Ansicht?

Sven Wolf (SPD): Auch im Namen der SPD-Fraktion vielen herzlichen Dank für die ausführliche Darstellung.

Erster Gedanke: Besorgniserregend an dem Bericht ist, dass der Anteil der fragilen Mitte größer wird. Das korrespondiert auch mit anderen Studien. Sie haben die Berichte aus den anderen Bundesländern genannt. Aber das korrespondiert zum Beispiel auch mit der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die zu ähnlichen Zahlen kommt. Das ist auch ein Beleg dafür, dass die Zahlen valide sind. Uns und mich persönlich beunruhigt insbesondere der Anteil der Personen, die sich in der Lebensmitte befinden, glauben, dass ihr Lebensstandard nicht dem entspricht, was ihnen eigentlich zustehen würde, und sich dann aus Enttäuschung abwenden. Diesen Teil der Altersgruppe zwischen 30 und 50 Jahren werden wir ja nicht über Maßnahmen an Schulen erreichen. Mich interessiert, was man da zielgruppenspezifisch tun kann.

Zweiter Gedanke: Vielleicht können Sie das noch ein bisschen erläutern. Ich habe den Eindruck – ich hoffe, dass das richtig ist –, dass viele Menschen, die in den letzten Jahren als Migranten zu uns gekommen sind, das bewusst gemacht haben, weil sie in einem demokratischen Rechtsstaat leben wollen. Sie kommen mit einer sehr hohen Erwartungshaltung, aber auch mit einem hohen Verständnis für Demokratie, die sie in ihrer Heimat nicht erlebt haben. Ich finde, das sollten wir als Chance begreifen. Da kommen Menschen, die von unserer Demokratie total begeistert sind. Wie kann man dieses Potenzial auch für den Rest der Gesellschaft positiv nutzen?

Dritter Gedanke: Der bezieht sich auf Schülerinnen und Schüler. Ich will die Frage von Frau Kollegin Schäffer, die ja berechtigt war, nicht wiederholen. Kollege Hagemeier hat auch in diese Richtung gefragt. Wie kann man aufsuchende Arbeit gegebenenfalls verändern? Es gibt ja Beispiele von anderen Landeszentralen für politische Bildung. Bremen hat einen Modellversuch mit sehr intensiver aufsuchender Arbeit gemacht, um zum Beispiel vor Wahlen in bestimmten Quartieren intensiv zu erklären, wie Wahlen funktionieren, was es heißt, eine Wahlbenachrichtigung zu bekommen, und wie ein Stimmzettel aussieht, um hinterher auch zu untersuchen, ob eine signifikante Veränderung bei der Wahlbeteiligung festzustellen ist. Dazu würde mich Ihre Einschätzung interessieren.

Wir erreichen Schülerinnen und Schüler ja nicht nur in der Schule, sondern Schülerinnen und Schüler besuchen uns auch hier im Landtag. Oder umgekehrt: Der Landtag besucht Schulen, insbesondere der Landtagspräsident und das Präsidium. Diese Chance des Gesprächs sollten wir stärker nutzen. Das ist ein Auftrag für uns Demokraten insgesamt. Was hätten Sie da für eine Empfehlung? Wie kann man das stärker nutzen?

Ich bin bei Ihnen, was die Selbstwirksamkeit angeht. Auf der kommunalen Ebene kann man Demokratie wahrscheinlich am ehesten erlebbar machen, weil da eine unmittelbare Beteiligung möglich ist – ob es um einen Bebauungsplan geht oder um eine Haltestelle im Stadtteil. Man hat eine ganz konkrete Möglichkeit, sich einzubringen.

Ich hatte vor einiger Zeit die Gelegenheit, mit Frau Professor Küpper ausführlich über die Mitte-Studie zu diskutieren. Dabei habe ich das auch gesagt, weil Frau Lamberty auch mal Gast im Hauptausschuss war und das sehr betont hat. Dann sagte sie: Aber Selbstwirksamkeit heißt nicht immer Demokratiebegeisterung. – Ich musste ein bisschen darüber nachdenken und habe dann gesagt: Ja, ich kann mir das vorstellen. Wäre ich ein Diktator in einem autokratischen System, hätte ich volle Selbstwirksamkeit und

wäre nicht begeistert von Demokratie. – Ich glaube, so zugespitzt meinte sie das. Vielleicht können Sie das ein bisschen einordnen.

Dirk Wedel (FDP): Vielen Dank für die sehr ausführliche und detaillierte Studie und für Ihre heutige Einführung.

Ich möchte mit einer Frage zum Thema „Wahlbeteiligung“ beginnen. Inwieweit spielten nach Ihrer Auffassung insbesondere bei der letzten Wahl situative Elemente eine Rolle bei der Wahlbeteiligung? Mir geht es nicht um die Relation zwischen verschiedenen Wahlkreisen – das habe ich verstanden –, sondern um die absolute Höhe. Spielen da aus Ihrer Sicht situative Dinge eine Rolle, zum Beispiel das Gefühl fehlender Relevanz von landespolitischen Themen in einer aktuellen Situation? Das war ja eine Situation, die doch sehr geprägt war von eher globalen Entwicklungen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen wie Inflation, Energiefragen, Fragen der inneren und äußeren Sicherheit usw.

Meine zweite Frage bezieht sich auf Lebenszufriedenheit und Deprivation. Auffällig ist – das ist Seite 31 des Demokratieberichts, aber ich weiß das auch aus anderen Umfragen –, dass es grundsätzlich eine ziemliche Differenz gibt, wie die Leute ihre persönliche Situation einschätzen und wie sie die allgemeine gesamtwirtschaftliche Situation einschätzen. Normalerweise wird die persönliche Situation deutlich besser beurteilt. Können Sie das einordnen? Welche Auswirkungen hat das auf die Identifikation mit Demokratie?

Bei der Deprivation würde mich interessieren: Gibt es Erkenntnisse – vielleicht über Zeitreihenvergleiche –, dass das etwas mit der aktuellen wirtschaftlichen Lage zu tun hat? Meine naive Vorstellung wäre, dass dieser Wert in einer Boomphase mit zehn Jahren großem Wachstum geringer sein müsste als in einer eher krisenbehafteten Phase mit Verteilungskonflikten. Lässt sich das messen?

Junge Menschen interessieren sich laut Bericht eher für zukunftsorientierte und grundlegende gesellschaftliche Probleme. Das hat mich gewundert. Vor zwei Wochen hat die Bertelsmann Stiftung eine Studie „Perspektiven junger Erwachsener auf die Herausforderungen unserer Zeit“ vorgestellt. Insbesondere die Lebensziele junger Erwachsener wurden erhoben. Anders als man sich das vielleicht vorstellen könnte, sind diese Lebensziele wenig idealistisch, sondern sehr klassisch. Als wichtigste Lebensziele der jüngeren Menschen werden angeführt: viele Besitztümer haben, wunderschön aussehen, klare Ziele im Leben entwickeln, eine gute Karriere haben und ein Eigenheim. – Das hat ja mit gesamtgesellschaftlichen Dingen oder eher zukunftsorientierten Dingen wie Klimawandel eigentlich nichts zu tun.

Die Frage ist: Spricht man jüngere Menschen tendenziell eher über idealistische Fragestellungen an oder über diese Hard Facts, wie sie am besten zu einem Eigenheim kommen, also über einen tatsächlichen Nutzen von Politik für die eigene Person?

Sie haben dargestellt, dass die 30- bis 44-Jährigen besonders unzufrieden sind und sich am ehesten durch eine Wahlenthaltung auszeichnen. Das sind diejenigen, die sich gerade etwas aufbauen wollen, gerade anfangen, den gesellschaftlichen Karren zu ziehen und eine Perspektive brauchen. Haben Sie Erkenntnisse gewonnen, warum

diese Altersgruppe besonders unzufrieden ist? Haben die das Gefühl, keine gute Perspektive zu haben und daran gehindert zu werden, sich ein gutes Leben aufzubauen?

Andreas Keith (AfD): Vielen Dank für die Studie und dafür, dass Sie uns die heute vorgestellt haben.

Das ist eine interessante Auswertung. Natürlich freuen wir uns besonders, dass die Studie ergeben hat, dass AfD-Anhänger und Migranten – Herr Wolf, das haben Sie vergessen zu erwähnen – das höchste Interesse an der Politik haben.

(Sven Wolf [SPD]: Das ist ein unterschiedliches Verständnis von Demokratie!)

Dass bei SPD- und bei FDP-Anhängern ein geringes politisches Interesse besteht, zeigen ja die Umfragewerte.

Ich habe insbesondere eine Frage zur Methodik. Es werden Schlagworte wie „Populismus“ und „Politikverdrossenheit“ genannt. Im Fragebogen gibt es Punkte, bei denen die Befragten in kurzer Zeit Zustimmung und Ablehnung zu Positionen setzen sollen. Wir fragen uns bei der Auswertung, wie diese Zustimmungen gewertet werden, und bezweifeln, dass diese ein eindeutiges Ergebnis liefern, wenn am Ende angeblich nur 66 % der Bürger echte Demokraten sein sollen.

Wie bewerten Sie das? Ist jemand, der damals daran geglaubt hat, dass die NSA uns abhört, schon ein Anti-Demokrat? Der wurde ja schon als Schwurbler und Verschwörungstheoretiker abgetan, bis es bewiesen wurde. Bei anderen Themenfeldern hat sich im Nachhinein ja auch herausgestellt, dass man Aussagen revidieren musste. Ich erinnere an die Luftfiltergeräte und anderes während der Coronakrise. Welche Positionen gelten für Sie beispielsweise als populistisch?

(Sven Wolf [SPD]: Das Beispiel haben Sie doch gerade vorgetragen!)

Ab wann ist jemand bereits ein Anti-Demokrat? Wer definiert das auf welcher Basis? Ist jemand ein Verschwörungstheoretiker, wenn er glaubt, dass in Potsdam ganz geheim ein Treffen stattgefunden hat, von dem irgendjemand – finanziert von Staat und Gemeinwesen – etwas in der Presse fabuliert hat? Dann werden Menschen gegeneinander aufgehetzt. Ist das schon ein Anti-Demokrat? Oder ist das ein guter Demokrat? Wer von Ihnen bewertet das? Mit welchen Maßnahmen und mit welchen Wertungen wird da gearbeitet?

(Sven Wolf [SPD]: Unglaublich!)

Das ist völlig intransparent bei Ihren Ausführungen. Das würde uns sehr interessieren.

(Sven Wolf [SPD]: Muss das alles ins Protokoll?)

– Ich hoffe doch. Ich hatte Sie beim letzten Mal schon aufgefordert, endlich Stellung zu nehmen und öffentlich zu bekunden, was da alles passiert ist. Das machen Sie ja nicht, weil Sie Angst haben, dass Sie angezeigt werden wegen Ihrer komischen Unterstellungen gegenüber renommierten Wissenschaftlern und Doktoren.

Zweite Frage: Stichwort „politische Bildung“. Wer nutzt die Angebote überhaupt? Wir hatten im Hauptausschuss ja schon die Diskussion zum Thema „Rechtsextremismus“. Mit immer mehr Geld und immer mehr Personal werden immer mehr Angebote gemacht, aber die Personen, die man auf den Boden des Grundgesetzes zurückholen will, werden gar nicht erreicht. Ich habe von Ihnen nicht gehört, mit welchen konkreten Maßnahmen Sie diese Zielgruppen erreichen wollen. Die Anti-Demokraten scheinen für Sie ja eh schon verloren zu sein. Sie möchten vielleicht mal einen öffentlichen Stand auf einem Fest machen. Aber die werden Sie nicht auf einem Volksfest erreichen. Mich interessiert, welche Ideen Sie da haben und wie Sie das realisieren wollen.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Ich fand Ihre Ausführungen auch sehr interessant, insbesondere was den Zugang zu jungen Leuten angeht.

Mich interessiert, ob Sie sich mit dem österreichischen System befasst haben. Dort wurde die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 auf allen Ebenen wissenschaftlich begleitet und das Wahlverhalten einige Jahre beobachtet. Dabei ist festgestellt worden, dass durch diese Absenkung des Wahlalters und die Begleitung durch die Schule bei der ersten Wahl erreicht werden konnte, dass die jungen Menschen danach auch weiterhin zur Wahl gingen. Sie haben den Wert von Wahlen erkannt. Haben Sie sich damit auseinandergesetzt? Bietet das österreichische System für uns in irgendeiner Weise eine Anregung?

Prof. Dr. Andreas Blätte (Universität Duisburg-Essen): Vielen Dank für das umfassende Interesse, das Sie der Studie entgegenbringen.

Frau Schäffer, wir haben nicht gemeint, Landespolitik hätte da keine Bedeutung. Gerade beim Thema „Rassismus und Diskriminierung“ ist die Landespolitik von größter Bedeutung. Das gilt auch für die anderen Zusammenhänge. Aber das ist nicht immer bekannt. Diese Relevanzzuweisung ist dann tatsächlich ausschlaggebend dafür, ob ein Verhalten daraus resultiert. Insofern: Wir unterschätzen die Landespolitik bestimmt nicht.

Bei den Erstwählern ist ein klassisches Argument, dass man die Chance hat, durch eine Herabsenkung des Wahlalters eine Gewöhnung herbeizuführen. Deswegen ist das wichtig: Wie konnten Schulen in der Zeit der Pandemie wirken? Sie sind als Bildungseinrichtungen zum Teil schlicht ausgefallen. Teleunterricht hat das nicht alles wettgemacht, was dort erfahren werden kann. Das ist Teil der Erklärung dieses Einbruches bei der letzten Landtagswahl. Das österreichische Beispiel zeigt auch: Wenn man zu einem früheren Zeitpunkt eine Habitualisierung, ein Einüben des Wählens erreicht, dann bleibt das im Lebensverlauf auch stabil.

Das ist ein Argument für die Herabsetzung des Wahlalters, aber nicht bloß als formale Maßnahme. Es muss flankiert sein mit einer Heranführung an die Bedeutung des Wählens durch politische Bildung in der gesamten Breite. Das darf dann auch kein Privileg der Gymnasien sein. Das muss schulartenübergreifend sein, auch in Kooperation mit Trägern der außerschulischen politischen Bildung. Die reine formale Maßnahme bringt das noch nicht, sondern man muss Politik zu diesem frühen Zeitpunkt auch erklärbar machen.

Soziale Medien sind ein schwieriges Terrain. Sie hatten die Algorithmen angesprochen, die hier auch politische Inhalte unwahrscheinlicher machen. Aber es wäre ja auch nicht unbedingt so, dass die Landeszentrale für politische Bildung einen Account bei TikTok aufmacht und man dann massenhaft Reichweite erzielen würde, sondern die Logik der sozialen Medien muss aus sich heraus verstanden und genutzt werden. Das heißt, die Zusammenarbeit mit Multiplikatorinnen, Influencern, die große Reichweite haben, ist entscheidend, wenn man über die sozialen Medien Reichweite erzielen will.

Wenn man das nicht täte, wenn man es verloren gäbe als Spielfeld der politischen Bildung, dann würde man dieses Feld anderen überlassen. Wir wissen, dass das ein wichtiger Faktor ist für Radikalisierung und gegen Radikalisierung. Gerade nach dem 7. Oktober hat man viel sehen können, was an Verschwörungsmethoden über die sozialen Medien gespielt wird. Das bleibt derzeit unwidersprochen. Das ist ein schwieriges Terrain. Aber man muss sich ernsthaft Gedanken machen, dort hinzugehen, auch mit den Möglichkeiten der politischen Bildung. Das ist ein Teilaspekt der aufsuchenden politischen Bildung, dass man eben nicht die Spielfelder, die Felder sich selber überlässt.

Ich komme noch mal zur Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 2022. Natürlich gibt es situative Momente. Es war eine Pandemiepause. Wir hatten die Sonderlage nach dem Beginn des russischen Angriffs. Viele ökonomische Sorgen haben die Lage geprägt. Der Blick war Richtung Bundespolitik gerichtet, darauf, was man dort tut, um der Inflation entgegenzuwirken und um die Sicherheit und Freiheit zu gewährleisten. Das hat sicherlich gegen ein starkes Interesse an der Landespolitik gewirkt.

Trotzdem haben wir eben diesen ganz langfristigen Trend – beginnend eigentlich seit der Jahrtausendwende –, also Einbrüche bei der Wahlbeteiligung. Das hat auch zu tun mit einer Mobilisierungsschwäche der großen Parteien mit jeweiligen Sonderlagen in den Parteien.

Als stabil betrachten wir die Verfestigung von politischen Einstellungen, wo wir eben alles Mögliche sehen, aber keinerlei Grund zur politischen Entwarnung. Insofern war diese historisch niedrige Wahlbeteiligung vielleicht ein Weckruf. Das war ein Grund, genau hinzugucken, was sich da eigentlich tut.

Aber wir können eben nicht sagen: Im Westen ist jetzt alles Friede, Freude, Eierkuchen, und die Probleme liegen nur im Osten. – Im Gegenteil: Wir bestätigen Befunde, die es bundesweit gibt, aber mit einer ganz spezifischen Datenlage für Nordrhein-Westfalen. Wir können eben auch sehen, dass wir hier bei den demokratischen Orientierungen einige Problembereiche haben.

Prof.'in Dr. Susanne Pickel (Universität Duisburg-Essen): Ich möchte zuerst auf die Frage zu der Bedeutung von Demonstrationen eingehen. Wir erleben hier eine Art Gemeinschaftsgefühl von Personen, die sich bislang nicht gemeinsam auf die Straße gestellt haben, nämlich von Menschen, die sagen: Uns ist die Demokratie in ihrer liberalen, pluralistischen Form wichtig. – Das wird ins Bewusstsein zurückgerufen, zu sagen: Wir sind mehr Menschen, als es vielleicht erst einmal auffällt, weil bisher Unterstützer der liberalen Demokratie nicht in dieser Größenordnung aufgetreten sind.

Es ist auch eine Art Selbstversicherung. Diese Effekte kann man mittlerweile auch an der geäußerten Wahlabsicht sehen. Man kann auch sehen, was ein sehr großer Teil der Gesellschaft wirklich möchte, nämlich in einer liberalen Gesellschaft leben. Ich habe auch einzelne Berichte von Menschen gelesen, die sagen, sie hätten jetzt auch das Gefühl, nicht allein zu sein. Das sind Dinge, die durchaus wichtig sind, auch für Menschen, die tatsächlich von Diskriminierung und Rassismus betroffen sind. Diese Menschen sehen: Da stehen Menschen hinter mir. – Das können diese Demonstrationen sehr gut zeigen.

Aufsuchende politische Bildung in den Lebensalltag integrieren: Ja, das muss etwas Dauerhaftes sein. Ich kann nicht nur einmal hingehen und dann wieder wegbleiben. Als Wissenschaftlerin kann man sich seine Arbeitsstellen in den seltensten Fällen aussuchen, sondern man geht dahin, wo man Arbeit findet. In diesem Zusammenhang war ich fast zehn Jahre an der Universität in Greifswald. Wir hatten da einen Ort, der sich Uckermark nennt. Die Uckermark wurde von der NPD betreut. Ich sage das ganz neutral. Die Menschen dort haben uns gesagt: Die NPD kommt nicht nur zum Plakataufhängen, sondern die kümmert sich um uns. – Das ist mit dauerhafter Betreuung im Lebensalltag durchaus gemeint. Politiker und Politikerinnen dürfen nicht nur singular auftreten, sondern man muss schon, wenn man sich in den Lebensalltag begibt, auch dauerhaft dort bleiben.

Das gilt auch für eine parteipolitisch neutrale politische Bildung. Einmal ein Plakat aufzuhängen und einmal einen Stand aufzubauen, ist nicht ausreichend, sondern das muss mit demokratischer Erfahrung gekoppelt werden, am besten mit einem kleinen politischen Projekt, das Menschen machen. Wenn man zum Beispiel einen neuen Rasen für den Fußballplatz braucht, dann kann man da schon einüben, wie man so etwas bekommt.

Es gab eine Frage zur Mitte-Studie. Die Daten sind sehr ähnlich. Wir kennen die natürlich auch. Ich selbst war an der Leipziger Autoritarismus-Studie beteiligt. Die wird in einem anderen Verfahren erhoben, und auch dort finden wir nahezu identische Daten. Sie finden nahezu identische Daten auch in der Europäischen Wertestudie von 2017. Dort haben wir einen europäischen Vergleich gemacht. Sie finden dort auch die Gruppen und auch in ähnlicher Größenordnung, wie wir das hier für NRW aufgezeigt haben. Das ist da. Das ist nicht exzeptionell, sondern wir sehen dort die gleichen Gruppen und die gleichen Probleme.

Wie lässt sich das Problem der relativen Deprivation bei den 25- bis 49-Jährigen erklären? Das müssen wir im Nachgang noch genauer untersuchen. Es gibt Studien Postadoleszenzstudien dazu. Sie untersuchen Menschen, die erwachsen, älter als 18 bis 20 Jahre sind und jetzt anfangen, sich eine Familie aufzubauen, ein Haus zu bauen, und die sich etwas aufbauen wollen. Die Verwirklichung der Träume, die Sie auch für die jungen Menschen geschildert haben, hat auch sehr viel mit Selbstverwirklichung und dem Schlagwort „Postmaterialismus“ zu tun. Man möchte etwas anderes, als nur einen Sack Geld im Keller stehen zu haben. Diese Bedingungen sind natürlich in der Polykrise schlechter geworden. Ich muss mich vielfältiger orientieren. Ich habe größere Probleme, wenn ich zum Beispiel ein Haus bauen will und die Zinsen steigen.

Bei der Selbstverwirklichung spielt aber auch durchaus die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Rolle. Das macht diese Gruppe ganz besonders aus. Wenn ich sehen muss, wie ich die Kinderbetreuung geregelt kriege, wenn ich berufstätig bin, gerate ich in ganz erhebliche Probleme. Es ist nicht jedem freigestellt, ob nur ein Ehepartner zur Arbeit geht oder es beide müssen.

Zur Migration gibt es ebenfalls weitergehende Forschungen aus Australien und Kanada. Diese Forschung zeigt uns, dass Menschen aus Nichtdemokratien in Demokratien migrieren, weil sie in einer Demokratie leben wollen, und dass diese erste Generation an Menschen diese Demokratie auch sehr hoch schätzt und sich in diesen Demokratien auch sehr gut auskennt. Wenn allerdings die zweite Generation nicht integriert wird, wenn sie nicht die Chancen hat wie die Eingesessenen, sich politisch zu beteiligen, politisch wahrgenommen zu werden, dann geht diese zweite Generation zwar nicht vollständig, aber in erhöhtem Maße verloren.

Damit sind wir bei unserem Stichwort der Responsivität, also dass jemand zuhört, dass jemand sich um ihre Probleme kümmert und, wenn er oder sie das nicht tun kann oder tut, das erklärt. Das sind die drei wesentlichen Elemente von Responsivität. Das heißt, man muss sich um die zweite und dritte Generation der Migranten kümmern, damit sie genauso demokratiebegeistert bleiben wie die erste Generation. Und von Diskriminierung und Rassismus muss ich da gar nicht erst anfangen.

Es gab auch noch eine Frage zu den der aufsuchenden Arbeit bei den Wahlen und die Anregungen, mal nach Bremen und nach Österreich zu schauen. Es ist richtig, in die Schulen zu gehen und dort zu erklären, wie eine Wahl funktioniert. Das hat nichts damit zu tun, dass man am Ende sagt: Aber bitte macht das Kreuz bei der und der Partei. – Vielmehr hat das etwas damit zu tun, dass man den Schülerinnen und Schülern dort erst einmal nahebringt, warum eine Wahl zur Demokratie gehört, welche Funktion die Wahl in der Demokratie hat, was es bringt, zur Wahl zu gehen. Warum dürft ihr schon mit 16 wählen? Welche Wertschätzung für als junge Menschen bringt das mit sich?

Zu den Besuchen im Landtag und des Landtags in Schulen. Das Wichtigste ist hier Authentizität. Man muss vermitteln, dass man nicht mit dem Finger schnippt, und dann ist die politische Entscheidung bzw. das Ergebnis da. Vielmehr bedeutet Politik das Bohren dicker Bretter. Und je mehr Schüler Erfahrungen mit Politik und Selbstverwaltung machen, desto eher lernen sie kennen, was es eigentlich bedeutet, politisch tätig zu sein.

Zu der Frage nach der relativen Deprivation. Wir haben es hier ein mit einem Phänomen zu tun, das die Wahrnehmung der eigenen Lage in Relation zu anderen wirtschaftlichen Lagen widerspiegelt. In unserer Nachbarschaft stehen bei jemanden drei Maseratis vor der Tür. Ich fahre einen kleinen BMW. Ich könnte sagen, mir gehe es schlechter als den Leuten um mich herum. Das ist keine Frage des Einkommens, sondern es ist eine Frage des Vergleichs mit meinen unmittelbaren Bezugsgruppen, mit denen ich mich vergleiche und von denen ich mich absetzen möchte.

Es gab Berichte, dass für Menschen, die infolge der Flucht in Deutschland angekommen sind, bestimmte Dinge zur Verfügung gestellt werden, die Menschen, die damals noch Hartz IV bezogen haben, nicht bekommen haben. Natürlich vergleicht sich der

oder die Hartz-IV-Empfänger bzw. -Empfängerin mit den Geflüchteten, die etwas bekommen. Die Relation, für wie viele Menschen das bereitgestellt wird, wird oft nicht gezogen. Das ist relative Deprivation, das ist die persönliche, wahrgenommene Lage.

Das heißt, wenn ich die aktuelle wirtschaftliche Lage verbessere, wenn ich den Menschen mehr Geld gebe und sie aber nicht erkennen, dass sich die Lage verbessert oder dass sie jetzt im Verhältnis zu anderen mehr Geld bekommen, nutzt mir das nichts. Die objektive Lage ist immer nur so gut, wie sie wahrgenommen wird. Und entscheidend für politisches Verhalten und für politische Einstellungen, ja sogar für das Wahlverhalten ist tatsächlich die Wahrnehmung der eigenen Lage.

Es gibt auch Menschen, die sagen: Mir geht es gut, aber den Menschen in meiner Umgebung geht es nicht so gut. – Dann habe ich ein Problem, wenn ich sehe, dass da Menschen benachteiligt werden, mit denen ich mich vielleicht identifiziere. Es nutzt Ihnen gar nichts, wenn die eigene finanzielle Lage gut ist. Sie hat größtenteils noch nicht mal einen Effekt auf die Anerkennungswürdigkeit der Demokratie.

Es wurde nach der Methode des Populismus und der Politiker- und Politikerinnen-Verdrossenheit – nicht die Politikverdrossenheit – gefragt. Wenn die Menschen politikverdrossen werden, dann interessieren sie sich nicht mehr für Politik, sondern es geht immer nur um eine Teilmenge des Politischen. Im Wesentlichen wird mit diesem verallgemeinernden Begriff der Politikverdrossenheit die Politiker- oder Parteienverdrossenheit abgedeckt. Man ist also nicht mehr damit einverstanden, wie Politiker und Politikerinnen und Parteien Menschen repräsentieren.

Populismus und die Verschwörungsgläubigkeit haben wir ganz gut in dem Bericht dokumentiert. Das wäre die Frage 29, und zwar für den Populismus: Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung. Der klassische Gegensatz „das Volk wider die politische Elite“. Den Aspekt „Verschwörung“ haben wir gemessen mittels der Aussage: Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.

Das sind zwei klassische Fragen, die seit Jahrzehnten in der Meinungsforschung Anwendung finden. Sie sind mehrfach empirisch getestet, das heißt sowohl statistisch als auch in sogenannten konnotativen Pretests. Man fragt die Menschen, was sie darunter verstehen. Man redet mit den Leuten, wenn man ihnen die Frage stellt, und spiegelt zurück, wie diese Frage dort ankommt. Wir sagen nicht, dass alle Menschen, die Demokratie kritisieren und Dinge hinterfragen, keine Demokraten seien. Es gibt durchaus kritische Demokraten, die sagen, im Rahmen des Demokratischen könnten Dinge besser laufen.

Verschwörungsgläubig sind für uns in allererster Linie erst einmal Menschen, die diese Frage, die ich Ihnen gerade vorgelesen habe, positiv beantworten, die also hinter all dem, was passiert, geheime Mächte vermuten, auf die wir weder Zugriff haben noch von wir Kenntnis haben. Diese Verschwörungsgläubigkeit hat Effekte. Die Menschen sind nicht identisch. Aber wenn ich solchen Verschwörungsmythen anhängen oder sie für wahr halte – manche können wahr sein, müssen es aber nicht; wir haben es ja auch mit Fake News zu tun –, dann ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass ich gegenüber der Demokratie kritisch bin, aber nicht mehr im Rahmen demokratischer Verfahren.

Elisabeth Müller-Witt (SPD): Ich möchte einen Faden aufnehmen, den Sie gerade am Anfang gesponnen haben. In Bezug auf die Gruppe der 29- bis Mitte-40-Jährigen haben Sie die Lebenssituation dieser Gruppe dargestellt und daraus geschlossen, dass Sie – korrigieren Sie mich, wenn das falsch ist – in der Situation mit anderen Dingen befasst sind.

Ich als Politikerin gehe eigentlich davon aus, dass gerade Personen, für die das schwierig ist, ihre Kinder zu versorgen und gleichzeitig zu arbeiten, sich von Jugend an politisch einbringen und ihre Lage verbessern wollen müssten. Wenn ich spüre, dass die Umstände, unter denen meine Gruppe gerade das Leben zu bewältigen hat, nicht zufriedenstellend sind, müsste ich doch aufstehen und etwas verändern wollen. Warum sind sie nicht motiviert, sich einzubringen, um diese Situation zu verändern? Vielleicht, weil sie zeitlich überfordert sind? Das könnte ich noch nachvollziehen.

Antje Grothus (GRÜNE): Ein Schlüssel zur Selbstwirksamkeit ist die Befähigung zur Teilhabe. Damit schafft man die Grundlage dafür, dass Menschen Selbstwirksamkeit auch spüren können.

Frau Professor Dr. Pickel, Sie haben das schöne Beispiel aus der Uckermark genannt: Vor Ort sein, aber auch dableiben. – Das kann ja nicht immer mit Hausbesuchen umgesetzt werden. Sie haben als positives Beispiel aber auch die Demokratiewerkstätten erwähnt. Wie könnte man die Demokratiewerkstätten in die Fläche bringen und wie erreichen wir insbesondere die fragilen Demokratinnen in ihren Lebensumfeldern? Wo sehen sie da noch Potenzial, das wir ausschöpfen können?

Vorsitzender Klaus Vossemer: Ich darf Sie bitten, auf die gestellten Fragen einzugehen.

Prof. Dr. Andreas Blätte (Universität Duisburg-Essen): Ich würde gerne auf die Frage nach der Lebensmitte Bezug nehmen. Diesen Punkt haben viele von Ihnen aufgegriffen. Er stand bei der Ausarbeitung des Demokratieberichtes nicht ganz im Vordergrund, weil wir diese Kopplung haben: Demokratiebericht, Fokus auf politische Bildung und damit Fokus auch auf die Jüngeren.

Das haben wir in den Daten gesehen, und wir haben angefangen, das zu sortieren. Den Zusammenhang, den Sie beschrieben haben, dass man in der Lebensmitte genau weiß, wie man wirksam werden kann, womit die Wahlbeteiligung oder auch das gesamte Portfolio der politischen Beteiligung breiter werden sollten, sehen wir nach wie vor. Dieser stufenförmige Anstieg der Wahlbeteiligung in den verschiedenen Alterskohorten ist nach wie vor zu verzeichnen. Kurz gesagt: Je älter, desto höher die Wahrscheinlichkeit der Beteiligung an der Wahl. Allerdings haben wir Einbrüche zu verzeichnen.

Wir haben das noch nicht abschließend sortiert. Der Analysezeitraum war kurz. Wir hatten die Daten im August final zur Verfügung, weil wir nacherheben mussten, und danach kam eine kurze Phase bis in den September, um die Auswertung vorzunehmen. Uns ist aufgefallen, dass sich da etwas tut, was Anlass zur Besorgnis gibt. Sehr interessant ist, dass Sie das auch so wahrnehmen. Dass wir Deprivation, Lebensunzufriedenheit,

Einbrüche bei der Wahlbeteiligung etc. feststellen, ist zunächst einmal nur diagnostisch. Das ist ein komplexes Syndrom in der Lebensmitte.

Wie sortiert man das? Das kann einerseits vielleicht durch einen Lebenszykluseffekt, den Susanne Pickel dargestellt hat, erklärt werden. Das gilt einerseits für die Phase nach der Aufbruchsstimmung als junger Mensch, in der irgendwie alles schwieriger wird. Aber es könnten andererseits auch Pandemieeffekte sein, dass sich nach den Polykrisen eine Müdigkeit eingestellt hat, eine gewisse Zermürbung plus X. Und Letzteres konnten wir noch nicht ausleuchten. Es lohnt sich allerdings sehr, darauf zu schauen. Wir sehen Responsivität als einen möglichen Schlüssel, dahinterzukommen, was die Menschen in dieser mittleren Lebensphase bewegt. Für uns ist der Demokratiebericht nicht nur ein Anlass, auf die jungen Menschen zu schauen, sondern auch ein Anlass, die mittlere Lebensphase stärker in den Blick zu nehmen.

Prof.'in Dr. Susanne Pickel (Universität Duisburg-Essen): Befähigung zur Teilhabe und Demokratiewerkstätten in die Fläche bringen – leider hat alles, was ich jetzt sage, etwas mit Geld zu tun, weil Demokratie sowohl nicht selbsterklärend als auch nicht kostenlos ist.

Was haben wir beobachtet, was helfen könnte? Ich habe mal Forschung zu etwas betrieben, was sich Bürgerbudget nennt. Das ist relativ günstig, weil es etwas nutzt, was den Gemeinden und Städten sowieso zur Verfügung steht, nämlich einen kleinen Teil aus dem Haushalt, wobei Menschen Projekte einbringen können, die sie selbst umsetzen müssen. Und bezahlt werden diese Dinge mithilfe dieses kleinen Budgetanteils. Das muss nicht allzu hoch sein. Damit machen wir in der Regel positive Erfahrungen. Natürlich werden sich mit der Zeit immer die gleichen beteiligen. Aber wenn Menschen die Erfahrung machen, dass sie bestimmte Anliegen selbst umsetzen können und dafür nicht nur finanzielle Unterstützung bekommen, sondern – das finde ich besonders wichtig – auch Unterstützung im Antragsverfahren für das, was sie machen wollen, erhalten, dann führt das zu positiven Erfahrungen mit der Demokratie.

So etwas ist lange Zeit in Augustusburg in Sachsen sowie in Cluj in Rumänien sehr erfolgreich gemacht worden. Hamburg ist daran leider gescheitert.

Das führt mich zu dem nächsten Punkt: Wenn man Menschen Geld in die Hand gibt und sie auffordert, etwas zu tun, was ihnen wichtig ist, dann muss man auch das Vertrauen in die Menschen aufbringen, dass sie das umsetzen können. Das ist ein weiterer wichtiger Punkt, zu sagen: Wir geben euch etwas, damit ihr tatsächlich auch etwas umsetzen könnt, was euch am Herzen liegt. – Das ist niederschwellig, und es ist wertschätzend, wenn man auf das hört, was die Menschen dann an Problemen oder an Bedürfnissen anbringen. Es ging in der Regel bei diesen Dingen um Kinderbetreuung, um Kinderspielplätze oder um Gemeinschaftsprojekte wie die Renovierung eines Gemeinschaftshauses oder ähnliches.

Das schafft positive Erfahrungen mit der Demokratie und man kann vielleicht noch einen obendrauf setzen und besonders Betroffene adressieren. Betroffenheit schafft Motivation, sich politisch zu beteiligen. In der Schweiz mit ihrer viel gelobten direkten

Demokratie gehen ganz oft Menschen zu Abstimmungen, die direkt betroffen sind. Wer nicht betroffen ist, geht auch nicht zur Abstimmung.

Genau da kann man Menschen gut abholen, sodass Demokratie positiv erfahrbar wird, so erfahrbar, dass man, wenn nicht als Einzelperson, dann als gleichgesinnte Gruppe tatsächlich etwas erreichen kann. Ein ganz kleiner Anfang, der nicht einmal sehr teuer wäre, wäre zum Beispiel, Menschen bei Anträgen für ihre Anliegen zu unterstützen. Es verzweifeln viele an der Demokratie, wenn sie den zwanzigsten Fragebogen für eine kleine Sache ausfüllen müssen.

Sven Wolf (SPD): Sie haben als Beispiel genannt, man sollte erklären, wie so ein Antrag formuliert ist. Ich verstehe die meisten Anträge selbst nicht. Ich wäre also ein schlechtes Beispiel.

Wenn man über Selbstwirksamkeit spricht, dann muss man auch über Erwartungshorizonte reden. Vielleicht können Sie benennen, was man da auch falsch machen könnte. Sie haben das Beispiel dieser Bürgerbudgets oder Bürgerhaushalte genannt, bei denen man quasi der Bürgerschaft in einer Kommune Geld zur Verfügung stellt und sagt: Macht mal was damit. – Kann das auch nach hinten losgehen, indem man Erwartungen weckt, die man gar nicht erfüllen kann?

Es gibt das Instrument der Bürgerräte auch deswegen, damit man vorher ausdrücklich diesen Erwartungshorizont ganz klar durch zum Beispiel einen Moderator definiert. Es könnten zur Bürgerversammlung eben nicht nur diejenigen kommen, die gegen den Bebauungsplan sind, sondern auch die alleinerziehende Mutter, die vielleicht fünf Kilometer weiter wohnt, bei aber ein Haus mit einer Wohnung gebaut wird, in die sie einziehen könnte. Es geht auch darum, unterschiedlichste Interessen zu einem Kompromiss zu bewegen.

Prof.'in Dr. Susanne Pickel (Universität Duisburg-Essen): Zu den Erwartungshorizonten. Die Bürgerbudgets sind mit viel Arbeit verbunden. Es muss das Verfahren ganz klar gemacht werden. Das ist im Fall von Augustusburg auf Onlineplattformen der Stadt dokumentiert worden, und zwar durchgängig. Welche Fristen gelten? Wie kann man einreichen, online oder analog? Wer kann sich wann wie präsentieren? Im Idealfall können sich alle Antragsteller auch auf dieser Plattform online präsentieren.

Zumindest bei den ersten beiden Runden hat eine Onlineabstimmung stattgefunden. Diese Onlineabstimmung ist dann noch einmal im Stadtrat gespiegelt worden. Der Stadtrat hat sich dazu geäußert, was umsetzbar ist und was nicht. Zusammen mit der Onlineabstimmung ist dann eine Reihenfolge erstellt worden, die darüber entschieden hat, wie die Mittel verteilt worden sind. Hat der erste Platz meinetwegen 50 % der Mittel gebraucht, der zweite Platz noch mal 30 %, dann ist das in dieser Reihenfolge abgearbeitet worden, sodass nicht nur das Siegerprojekt etwas bekommen hat, sondern wenn noch Geld da war, auch die weiteren.

Der Erwartungshorizont muss dann natürlich so gesteuert werden, dass klar ist, dass noch eine demokratische Abstimmung zu gewinnen ist, damit dieses Projekt auch als

gemeinschaftstauglich empfunden und dann auch umgesetzt und akzeptiert wird. Es muss also noch mal durch die Schule der Demokratie, wie man so schön sagt.

Das Thema „Bürgerräte“ finde ich ganz wichtig und bedeutend. Ich möchte es auch noch mal unterscheiden von der Bürgerversammlung. Eine Bürgerversammlung hat mich als junge Erwachsene in meinem Dorf immer völlig abgeschreckt. Da kamen 30 Leute, um den Bürgermeister zu beleidigen, und das war der Inhalt dieser Bürgerversammlung. Das ist nicht das, was wir mit Bürgerräten meinen. Bei Bürgerräten, die in der Regel gelost sind, kommen Menschen zusammen, die ein Abbild der Gesellschaft darstellen. Und wenn das nicht passt, dann wird auch nachgefragt. Dann klingeln Leute vom Bürgerrat an der Tür und fragen, ob man nicht doch noch mitmachen möchte.

Die Bürgerräte sind von vornherein moderiert und haben klar definierte Ziele. Wir hatten bisher drei. Der erste Bürgerrat zur Verbesserung der Demokratie war ein Bottom-up-Projekt, das heißt, die Zivilgesellschaft hat es organisiert und hat es dann an Herrn Schäuble übergeben. Das hat zumindest dazu geführt, dass der Ältestenrat des Deutschen Bundestages der Meinung war, man könnte noch mal über die Rolle Deutschlands in der Welt und über die zukünftige Ernährung sprechen, ein Top-Down-Projekt.

Das macht den großen Unterschied aus: Bürgerräte dienen dazu, dass Menschen sich wertgeschätzt fühlen, gebildet werden und zivilisiert miteinander diskutieren. Die Plätze sind alle moderiert. Meistens sitzen acht Menschen mit dem Moderator zusammen. Jeder darf etwa gleich viel sprechen. Es gibt keine Meinungsdominanz, jede Meinung kommt zu Wort. Die Schulung findet durch Experten jedweder politischen Couleur oder auch durch neutrale Experten, die keine politische Couleur haben, statt.

Wichtig ist, dass Top-Down-Bürgerräte eine Selbstverpflichtung der Politik beinhalten – egal von welcher Ebene –, etwas mit diesen Ergebnissen zu tun. Dort sollte dann nicht stehen, wie wir das in Sachsen gesehen haben, dass die letzte Entscheidung der Landtag fällt und man dagegen stimme, falls das nicht gefalle. Das ist Politikverdrossenheit subito. Sondern die Menschen müssen das Gefühl haben, dass etwas gemeinsam erarbeitet wurde, das von der Politik wertgeschätzt wird, indem sie es aufgreift und behandelt.

In Irland gab es einen Bürgerrat zur Entscheidung über das Abtreibungsrecht. Zunächst gab es ein Abtreibungsverbot. Kein Mensch konnte sich vorstellen, dass in Irland einmal eines der liberalsten Abtreibungsgesetze in ganz Europa eingeführt wird. Das ist durch einen Bürgerrat zustande gekommen, der ein Ergebnis vorgeschlagen hat, über das alle in einer Volksabstimmung abgestimmt haben. Das schafft Wertschätzung und Erfahrung mit der Demokratie. Im deutschsprachigen Raum in Belgien ist das viel niederschwelliger eingeführt worden.

Es gibt es viele Beispiele dafür, wie man Menschen in die Politik einbinden kann. Lassen Sie mich damit schließen: Es ist kein Ersatz für die repräsentative Demokratie, sondern es ist eine Wertschätzung der Repräsentanten gegenüber den Repräsentierten, wenn man sie in die Entscheidungsfindung mit einbindet.

Vorsitzender Klaus Vossemer: Infolge Ihrer Schlussbemerkung vernehme ich Erleichterung bei den hier Anwesenden, zumindest bei den Abgeordneten. Wir dürfen uns ganz herzlich bei Ihnen beiden für diese ausführliche und sehr anschauliche Darstellung bedanken. Damit sind die meisten Fragen hinreichend geklärt.

Frau Staatssekretärin Dehnert hat abschließend noch mal um das Wort gebeten.

StS'in Gonca Türkeli-Dehnert (MKW): Ich möchte mich erst mal bei Ihnen beiden für diesen tollen Bericht bedanken, auch bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeszentrale. Es liegt wirklich ein interessantes Ergebnis vor; wir haben eine gute Diskussionsgrundlage, was auch die ausgiebige Debatte, die wir heute geführt haben, zeigt.

Ich möchte mich auch für die vielen Fragen bedanken und Ihnen gerne ankündigen, in Vorbereitung des dritten Demokratieberichtes, der irgendwann kommen wird, diesen Faden aufzunehmen. In dem letzten Demokratiebericht hatten wir als Schwerpunkte die Nichtwähler sowie die jüngere Zielgruppe der 14- bis 18-Jährigen in den Fokus genommen. Im nächsten Demokratiebericht wird es natürlich auch einen Schwerpunkt geben. Ich rege an, dass wir uns auch dazu noch mal austauschen, denn Sie sehen ja, wie die Situation momentan in der Gesellschaft ist, was auf der Straße passiert. Diese wichtigen Themen sollte man auch für den nächsten Demokratiebericht richtig adressieren und die Schwerpunkte setzen. Das müssen wir frühzeitig machen, weil es Ausschreibungen gibt und Fragebögen vorbereitet werden müssen etc. Mein Angebot an Sie lautet, dass wir uns hierzu sehr gerne in irgendeinem Format austauschen können.

Vorsitzender Klaus Vossemer: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. Das Angebot nehme ich im Namen des Ausschusses sehr gerne an. Wir werden ein geeignetes Format und einen geeigneten Zeitpunkt finden, um dies zu tun.

2 Ausblick auf das Jahresprogramm der Landeszentrale für politische Bildung *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)*

StS'in Gonca Türkeli-Dehnert (MKW) berichtet:

Ich freue mich, Ihnen heute einen Ausblick auf das Jahresprogramm 2024 der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen geben zu dürfen. Eine wichtige Aufgabe der Landeszentrale für politische Bildung ist es, alle Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen dabei zu unterstützen, demokratische Strukturen zu verstehen und eine demokratische Haltung herauszubilden.

Die aktuellen Herausforderungen, vor denen wir als Gesellschaft dabei stehen, sind enorm. Demokratische Regierungssysteme und Gesellschaften werden von demokratiefeindlichen Bewegungen unterschiedlicher Art angegangen. Die Auswirkungen des Klimawandels führen bei vielen Menschen zu starken Verunsicherungen. Der Ukrainekrieg und der Nahostkonflikt schüren Ängste. Auch schafft der Nahostkonflikt den Nährboden für ein bedrohliches Anwachsen des Antisemitismus.

Politische Bildung muss diese Ängste und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen, prüfen, ob ihre Angebote für alle Bürgerinnen und Bürger offen sind, und diese auch erreichen. Der zweite Demokratiebericht, den wir vorhin bereits ausführlich diskutiert haben, ist für die Landeszentrale eine wichtige Grundlage, um aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen und Bedarfe zu erkennen und darauf angepasste zielgruppenspezifische Formate weiterzuentwickeln und anzubieten.

Die Vermittlung von Grundwissen darüber, wie Politik eigentlich funktioniert, das Erlernen einer demokratischen Haltung, die Suche nach neuen Lernorten, die Vermittlung von differenziertem Wissen, die Aufklärung über komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge, die Herausbildung digitaler Demokratiekompetenzen – all das ist bereits konzeptionell in der Landeszentrale als Kern der politischen Bildung verankert.

Das vorliegende Arbeitsprogramm steht im Lichte der beschriebenen Herausforderungen und Aufgaben.

Zu der Evaluation im Rahmen des zweiten Demokratieberichts. Alle Angebote, Programme, Maßnahmen und Projekte entsprechen dem Entwicklungsprozess, in dem sich die politische Bildungsarbeit durch die Veränderung von Zielgruppenansprachen und Problemlagen befindet. Feinjustierungen des Programms werden kontinuierlich vorgenommen. Vor diesem Hintergrund ist das Programm gestaltet. Folgende vier Schwerpunkte werden dabei im Mittelpunkt stehen. Erstens: die politische Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger fördern. Zweitens: das demokratische Bewusstsein und Handeln in einer pluralen Gesellschaft stärken. Drittens: die Landeskunde. Viertens: die Weiterentwicklung der europäischen Integration, insbesondere die inhaltliche Begleitung der anstehenden Europawahl.

Zu den Themenfeldern im Einzelnen. Das erste Feld ist die Förderung der politischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Das ist gerade aktuell besonders wichtig, sodass die Landeszentrale sowohl die Europawahl 2024 – darauf gehe ich noch später detailliert ein – als auch bereits vorbereitend die Kommunalwahl 2025

in den Blick nehmen wird. Hierzu werden zusammen mit Partnerinnen und Partnern Veranstaltungsreihen, durch die vor allem junge Menschen für die Kommunalwahlen sensibilisiert und motiviert werden sollen, vorbereitet. Außerdem ist ein Interventionsprojekt zu Wahlberechtigten mit Migrationsgeschichte geplant.

Die Landeszentrale wird die bestehenden Demokratiewerkstätten in ihrer wichtigen Arbeit weiter begleiten und stärken sowie um mindestens zwei neue Einrichtungen in Westfalen, genauer in Dortmund, ergänzen. Demokratiewerkstätten sind niedrigschwellig und auf lokale Bedürfnisse bezogen. Die Zusammenarbeit mit lokalen Partnerinnen und Partnern, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen ist handlungsleitend. Hierbei werden sowohl digitale Angebote als auch interaktive Elemente wie Plan- und Rollenspiele genutzt.

Daneben sollen die aufsuchende politische Bildung und der Gang in die Quartiere vor Ort auch durch die Gewinnung neuer Kooperationspartnerinnen und -partner wie beispielsweise Sportvereine, Weiterbildungseinrichtungen und Kultureinrichtungen weiter professionalisiert und ausgeweitet werden.

Ein zentrales Thema wird 2024 der 75. Geburtstag unseres Grundgesetzes sein. Die Landeszentrale nimmt das Verfassungsjubiläum zum Anlass, die Bürgerinnen und Bürger mit vielfältigen Informations- und Mitmachangeboten über die Bedeutung der Verfassung für ein demokratisches, friedliches Miteinander und die damit verbundenen Werte als Grundlagen der Möglichkeiten für individuelle Teilhabe und persönliche Freiheit aufzuklären. So sind unter anderem die Mitwirkung am großen Bürgerfest in Bonn, eine interaktive Wanderausstellung zusammen mit der Heinrich-Heine-Universität hier in Düsseldorf sowie ein digital und analog abrufbares Quiz geplant.

Auf der Agenda steht auch die Förderung der demokratischen Gesprächs- und Diskussionskultur in einer pluralen Gesellschaft bzw. der Demokratie als Alltagskompetenz. Die Auseinandersetzung mit Themen wie Verschwörungsmythen und Fake News, die vor allem in der digitalen Welt zu einer veränderten Diskussionskultur führen, ist besonders wichtig. Hierzu werden wir neue digitale Tools und Formate etablieren und verstärkt Instrumente des Demokratielernens in der schulischen und außerschulischen Bildung bewerben.

Dazu wird die Landeszentrale unter anderem ein Demokratieprogramm insbesondere für jüngere Menschen ab 14 Jahren entwickeln, einen Demokratietalk in Kooperation mit der Zentralbibliothek Düsseldorf fortsetzen und eine Fortbildungsreihe für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zum Thema „Verfassungsrechtsbildung“ durchführen.

Gerade die aktuellen Debatten über Zuwanderung und Integration in Deutschland unterstreichen die Notwendigkeit der Förderung einer gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Die Landeszentrale wird aus diesem Grund die bewährte Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen ausweiten. Konkrete Projekte sind in diesem Zusammenhang unter anderem digitale Formate wie der Demokratische Salon in Bonn zu Themen wie „Mehrsprachigkeit in Deutschland“, „hybride kulturelle Identitäten in einer diversen Gesellschaft“, „Qualifikations-

angebote für Integrationsräte in den Kommunen“ sowie das profilierte Bocholter Forum zu Migrationsfragen und verschiedene Publikationen zu Phänomenen und Herausforderungen der Migrationsgesellschaft.

Das zweite große Themenfeld 2024 ist die Stärkung des demokratischen Bewusstseins und des Handelns in einer pluralen Gesellschaft. Dazu zählt auch die Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Einstellungen. Hierzu wird die Landeszentrale eng mit der neu eingerichteten Stabsstelle zusammenarbeiten, damit Erkenntnisse und Bedarfe beim Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und Salafismus regelmäßig ausgetauscht werden können.

Außerdem werden wir die traditionell gute Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz im Ministerium des Innern weiter intensivieren. Bereits jetzt werden in zwei interministeriellen Arbeitsgruppen gemeinsame Veranstaltungen zur Diskussion aktueller Phänomenbereiche des Extremismus und der Delegitimation von Demokratie geplant.

Jüdisches und muslimisches Leben prägen unser Land. Dennoch wird diese religiöse Vielfalt oftmals in Frage gestellt. Es existieren Ressentiments, denen durch Aufklärung und einen differenzierten Diskurs begegnet werden muss. Hierzu zählen Maßnahmen wie das Zertifikatsstudienprogramm Islam in der Sozialarbeit, die Lehrkräftefortbildung „Islam in der Kontroverse“ in Kooperation mit der TU Dortmund, eine Talkreihe mit dem Demokratischen Salon über Phänomene des modernen Antisemitismus und seine Konsequenzen für das jüdische Leben in Nordrhein-Westfalen, aktuelle Informationen zum Nahostkonflikt sowie ein umfangreiches analoges und digitales Publikationsangebot zu den angesprochenen Themen.

Auch wird dafür Sorge getragen, dass Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Sozialarbeit die Möglichkeit erhalten, den Islam durch eine modulare Weiterbildung in seiner Vielfältigkeit kennenzulernen. Unverzichtbar für die Demokratiebildung und -stärkung und für das Entgegenwirken gegen Antisemitismus und Rassismus sind die historisch politische Bildung und die Erinnerungskultur. Beides findet in der Arbeit der Landeszentrale eine entsprechende Berücksichtigung. Die Erinnerungsorte und Gedenkstätten unterstützen wir weiterhin verlässlich bei der weiteren Profilschärfung. Über ihre umfangreiche Tätigkeit soll eine eigens konzipierte neue Social-Media-Reihe aktuell und niederschwellig informieren.

Im Bereich „Kolonialismus“ wird das im vergangenen Jahr begonnene Forschungsprojekt mit den Universitäten Münster und Aachen weitergeführt. Erste Zwischenergebnisse sollen in diesem Jahr der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Und schließlich werden die inhaltlich bisher getrennten, vom historischen Kontext her aber einen erinnerungskulturellen Zusammenhang bildenden Bereiche „NS-Gedenkstättenarbeit“ und „Kultur der Vertriebenen“ stärker zusammenarbeiten und gemeinsame Projekte der von ihnen geförderten Einrichtungen beraten.

Zur demokratischen Kultur und den zentralen Aufgaben einer Landeszentrale zählt auch die Landeskunde, die den dritten Schwerpunkt des Programms 2024 bildet. In diesem Schwerpunkt werden historische Kenntnisse zur Entwicklung Nordrhein-Westfalens zum Föderalismus, zu den Grundlagen der Landespolitik und ihren Auswirkungen

auf das Alltagsleben der Menschen und zu speziellen Themen der Landespolitik anschaulich vermittelt. Der zweite Demokratiebericht hat im Zusammenhang mit dem auffallenden Rückgang der Wahlbeteiligung an Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen aufgezeigt, dass ein großer Bedarf existiert, die Landespolitik und ihre Akteure der Bevölkerung zugänglich und verständlich zu machen.

Ein breites Angebot an Publikationen sowie zahlreiche interaktive Angebote, digitale wie analoge, sollen helfen, dieses Ziel zu erreichen. Dazu gehören zum Beispiel ein Kartenspiel zu Orten der Demokratie in Nordrhein-Westfalen, eine kindergerechte erste NRW-Karte, ein Memo-Spiel oder das NRW-Quiz als Basis für das gleichnamige digitale Format.

Viertes Schwerpunktthema ist die Europawahl am 9. Juni. Um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen und besonders junge Menschen für die Teilnahme an der Europawahl zu gewinnen, startet die Landeszentrale für politische Bildung am 15. April eine Bustour zur Europawahl 2024 unter dem Motto „Demokratie leben. Du bist Europa!“ durch ganz Nordrhein-Westfalen. Sie wird mit einem Aktionsbus bis zum Wahltermin am 9. Juni unterwegs sein.

Ziel ist es, insbesondere bei jungen Menschen, die in diesem Jahr erstmals schon mit 16 Jahren an der Europawahl teilnehmen dürfen, das Interesse an Europa zu wecken und sie zur Teilnahme an der Europawahl zu motivieren. Wie der Demokratiebericht gezeigt hat, bestehen hier besondere Aktivierungspotenziale, da gerade die jungen Menschen besonders an politischen Themen und politischer Bildung interessiert sind. Sie wünschen sich Angebote, die über die Schulbildung zu Europa, Demokratie und Politik hinausgehen. Und das will die Landeszentrale nutzen und sie dafür gewinnen, am 9. Juni zur Wahl zu gehen.

Darüber hinaus werden aber selbstverständlich auch Bürgerinnen und Bürger angesprochen, über die Europawahl informiert und zu Gesprächen über ihre Themen, Ideen und Wünsche für Europa eingeladen. Besonders wollen wir hier auch der Gruppe der 30- bis 44-Jährigen, für die wir im Demokratiebericht eine erhöhte Politikverdrossenheit und Skepsis festgestellt haben, die Gelegenheit geben, Sorgen und Wünsche anzusprechen. Die Landeszentrale bietet sich als Ansprechpartnerin an und informiert mit niedrigschwelligen und interaktiven Aktionselementen über Europa und die Europawahl.

All dies wird an über 20 Standorten in ganz Nordrhein-Westfalen zu finden sein. Der Bus wird auf Marktplätzen, auf Stadtfesten, an Schulen und auf vielen öffentlichen Plätzen Station machen. Beteiligt sind Partner der Landeszentrale wie Träger der Demokratiewerkstätten, Einrichtungen der politischen Bildung, EUROPE-DIRECT-Zentren, NRWeltoffen-Kommunen sowie eine NS-Gedenkstätte. Die Tour wird über digitale und analoge Kanäle breit beworben. Zudem wird es eine begleitende Social-Media-Kampagne zur Europawahl und damit auch zur Bustour geben. Wir werden Videos mit Informationen zu Europa, zur Wahl und live von der Bustour produzieren und verbreiten. Start ist am 15. April unter Beteiligung von Ministerin Ina Brandes.

Am Deutschen Fußballmuseum in Dortmund wird eine interaktive, jugendspezifische Veranstaltung für Jugendliche ab dem 16. Lebensjahr stattfinden. Interessierte

Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, vorbeizukommen und mit uns über Demokratie, die Europäische Union und die Europawahl ins Gespräch zu kommen. Ziel der Auftaktveranstaltung soll es sein, die Bustour bekannt zu machen und für die Teilnahme zu werben. Ich darf Sie, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, schon heute einladen, zur Auftaktveranstaltung oder einer der Stationen der Bustour zu kommen, sich anzuschauen und auszuprobieren, was der Bus an Bord hat, und mit den interessierten Menschen ins Gespräch zu kommen. Nähere Informationen zu den Stationen und Terminen der Tour finden Sie in Kürze auf der Homepage der Landeszentrale.

Elisabeth Müller-Witt (SPD) bedankt sich für den ausführlichen Bericht und betont die Bedeutung der Landeszentrale für politische Bildung

Über das Vorhaben hinaus, junge Menschen zur Wahlteilnahme zu motivieren, halte sie es auch für sehr wichtig, dass sich diese auch als Kandidatinnen und Kandidaten zu Wahlen aufstellten. Die Politik sollte junge Menschen dazu motivieren, sich aktiv zu beteiligen.

Die Planungen hinsichtlich des Verfassungsjubiläums halte sie für sehr gut, allerdings müsse auch das Wissen der Menschen über die Verfassung verstärkt in den Blick genommen werden. Immer wieder sei sie schockiert über das allgemein nur sehr oberflächliche Wissen. Sie sehe es als sehr wichtig an, den Sinn der Verfassung und deren Inhalt mit jungen Menschen zu reflektieren.

Weiterhin halte sie es für sehr wünschenswert, das Thema „Kolonialismus“ und die damit verbundene Verantwortung Deutschlands stärker in das Bewusstsein zu rücken. Nach ihrem Eindruck werde das Thema momentan vor allem in bestimmten Communities und in der Kunstszene behandelt.

In Bezug auf die für die Schulen hergestellten Materialien für die Europawahl betone sie die Bedeutung dessen, die Möglichkeiten von Social Media zu nutzen; immerhin ermöglichten diese Medien einen spielerischen Zugang zu dem Thema, ohne dafür Berge von Papier bereitstellen zu müssen.

Auch **Dirk Wedel (FDP)** bedankt sich für den umfassenden und auf qualitative Aspekte bezogenen Bericht. Von der Staatssekretärin wolle er wissen, ob Maßnahmen im Vergleich zum Vorjahr entfielen und ob quantitative Unterschiede hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Mittel beständen.

Den Aspekt des aktiven Wahlrechts greife sie gerne auf, sagt **StS'in Gonca Türkeli-Dehnert (MKW)**. Sie könne ad hoc nicht beantworten, ob dies berücksichtigt worden sei.

Auch sie halte den spielerischen Zugang für junge Menschen zwischen 14 und 18 Jahren zur Europawahl für sehr wichtig. In diesem Zusammenhang solle insbesondere die Nutzung der Plattform TikTok angegangen werden. Da es sich um ein für die politische Bildung neues Feld handele, bestehe natürlich die Möglichkeit, Fehler zu machen, allerdings gelte es, in diesem Bereich mutiger zu werden. Für Kritik sei sie in diesem Kontext

sehr offen. Bei Erfolg bestehe auch die Möglichkeit, dies künftig auf Kommunal- und Landtagswahlen zu übertragen. Dies gelte auch in Bezug auf das Verfassungsjubiläum. Der TikTok-Kanal könne zu einem späteren Zeitpunkt auch mit Beiträgen zum Inhalt und zu den Auswirkungen des Grundgesetzes auf den Alltag bestückt werden.

Für den Hinweis auf den Kolonialismus bedanke sie sich. In der Tat bewegten sich viele Themen im Bereich der politischen Bildung eher auf einem akademischem Niveau.

Insgesamt werde nun ein neuer Fokus verfolgt. Zwar fielen nicht einzelne Projekte weg, allerdings werde ein Teil des Geldes nun nicht mehr für Printpublikationen, sondern verstärkt für digitale Aktionen genutzt. Letztere sollten möglichst in einem Kanal gebündelt werden.

Im Hinblick auf die knapper werdenden finanziellen Mittel rege sie einen allseitigen Austausch an. Es müsse künftig genauer darauf geschaut werden, wofür die Mittel verwendet werden sollten, und demnach gelte es, Schwerpunkte zu setzen.

3 Zweiter Staatsvertrag zur Änderung des IT-Staatsvertrags

Antrag der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung
Drucksache 18/7787

(Überweisung des Antrags an den Hauptausschuss am 20.01.2024)

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Enthaltung der AfD-Fraktion zu.

(Wird heute nicht behandelt; s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

4 Gesetz über die Offenlegung staatlicher Zahlungen an Journalisten (Zahlungsoffenlegungsgesetz NRW)

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/5830

5 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und weiterer wahlbezogener Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/7788

(Überweisung an den Innenausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat und Kommunales am 25.01.2024)

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich auf eine nachrichtliche Beteiligung an der im federführenden Ausschuss geplanten Anhörung.

6 Härtefallfonds des Bundes u. a. für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2267 – Neudruck

Sven Wolf (SPD) merkt an, er hätte gehofft, dass sich zu dem Thema Land und Bund etwas annäherten und das Land bereit wäre, eine Einmalzahlung an den immer kleiner werdenden Personenkreis vorzunehmen.

Minister und Chef der Staatskanzlei Nathanael Liminski (Landesregierung) sagt, auch er hätte dies befürwortet. Die Länder hätten in langwierigen Gesprächen mit dem Bund große Bereitschaft signalisiert, trotz der Zuständigkeit des Bundes für das Rentenversicherungsrecht ins Obligo zu gehen, allerdings zu transparenten und fairen Bedingungen. Zwar habe der Bund Engagement zeigen wollen, dies allerdings finanziell nach oben gedeckelt, was für die Länder angesichts der Sachlage ein nicht zu verantwortendes Risiko dargestellt hätte. Er halte es für bedauernd für die Betroffenen, dass das Thema zum Zankapfel geworden sei, und dies habe er den jüdischen Verbänden gegenüber auch so kommuniziert.

Am Ende habe der Bund Fakten geschaffen und den Ländern keine Wahl gelassen. Wenige Länder hätten von dem Angebot Gebrauch gemacht, dem Fonds des Bundes beizutreten, allerdings betreffe dies bei den besagten Ländern nur geringe Fallzahlen. Wäre das Land NRW dem beigetreten, hätte es einen problematischen Präzedenzfall für den aktuellen und für alle künftigen Haushaltsgesetzgeber geschaffen.

7 Verschiedenes

Vorsitzender Klaus Vossemer weist auf die Unterrichtung über das Abstimmverhalten des Landes zu den Tagesordnungspunkten der 1041. Sitzung des Bundesrates am 2. Februar 2024, Vorlage 18/2232, hin.

gez. Klaus Vossemer
Vorsitzender

2 Anlagen

22.03.2024/25.03.2024



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Hauptausschuss Landtag NRW, 22. Februar 2024

VORSTELLUNG DES 2. DEMOKRATIEBERICHTS

Politische und demokratische
Lebenswelten der nordrhein-westfälischen
Bevölkerung in 2023



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Vorstellung des 2. Demokratieberichts



- **Konzeption**
- **Methodik**
- **Ergebnisse und Handlungsempfehlungen**
- **Gemeinsamer Austausch und Diskussion**



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



KONZEPTION

Einführung zur Erstellung des 2. Demokratieberichts

Frau Staatssekretärin Gonca Türkeli-Dehnert



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



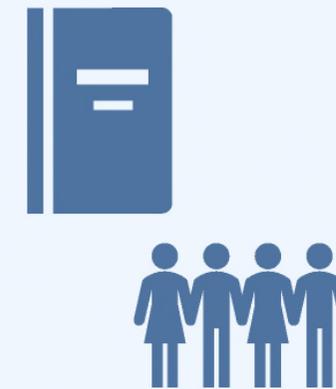
Grundlage: Politischer Wunsch und Wille zur Stärkung der politischen Bildung in NRW



Landtagsbeschluss
im Mai 2019 Drs.
17/6245



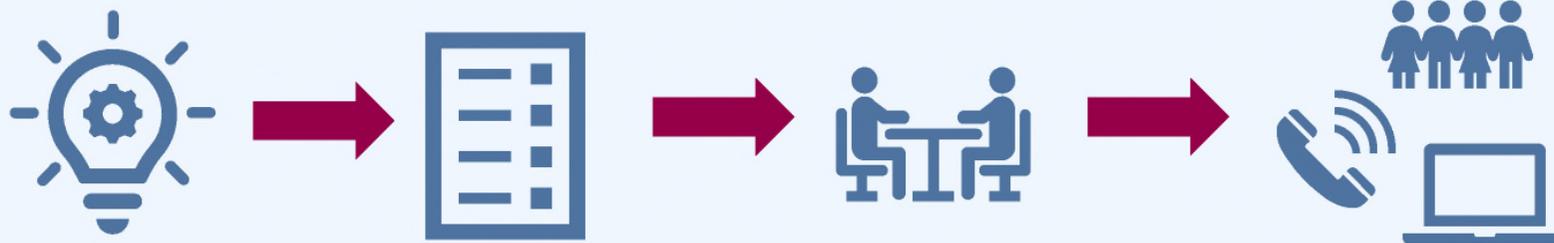
Veröffentlichung des
ersten Demokratieberichts
im Oktober 2021



Verankerung des
Demokratieberichts im
Koalitionsvertrag im Juni
2022



Wissenschaftsgeleitete Konzeption und Durchführung



- Vorarbeiten im Sommer 2023
- Beauftragung einer wissenschaftlichen Begleitung
- Entwicklung Forschungsdesign für repräsentative Umfrage im Herbst 2022
- Beauftragung Meinungsforschungsinstitut im Winter 2022/2023
- Finalisierung Fragebogen
- Durchführung repräsentative Umfrage im Frühjahr 2023



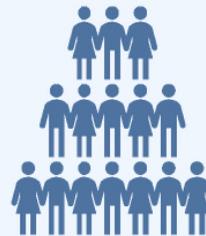
Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



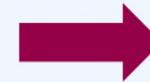
Fundierte Analyse und Auswertung



Auswertung der
Ergebnisse der
Umfrage im Sommer
2023



Durchführung
Ressortabstimmung
im Herbst 2023



Vorstellung und
Veröffentlichung 2.
Demokratiebericht
im Winter 2023



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



METHODIK

KURZVORSTELLUNG DER METHODIK ZUR ERARBEITUNG DES 2. DEMOKRATIEBERICHTES

Prof. Dr. Susanne Pickel,
Wissenschaftliche Begleitung des 2. Demokratieberichts

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen

Demokratieberichte in Deutschland

Demokratieberichte Deutschland

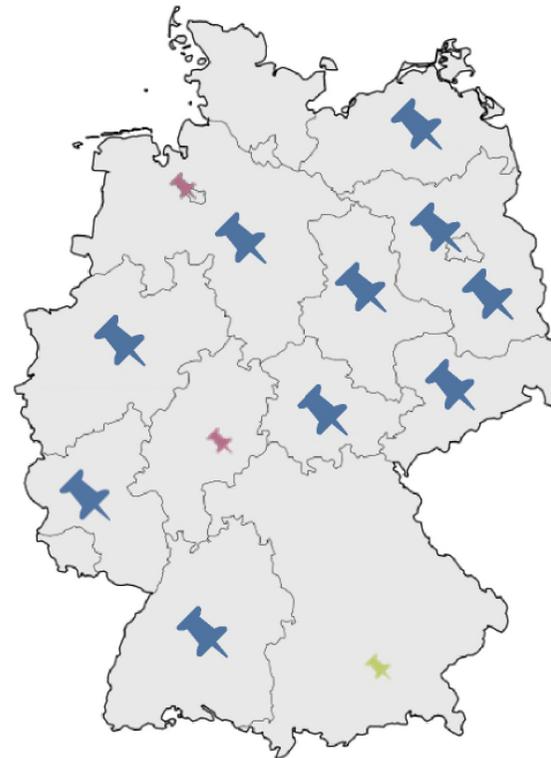
- Deutschland-Monitor (2023)
- Demokratie-Monitoring (2023)
- Demokratie-Monitor (~ 2024)

Demokratieberichte der Länder

- Baden-Württemberg (2022)
- Berlin (2023)
- Brandenburg (2022)
- Mecklenburg-Vorpommern (2020)
- Nordrhein-Westfalen (2023, seit 2021)
- Niedersachsen (2021)
- Sachsen-Anhalt (2023)
- Sachsen (2023)
- Thüringen (2023, seit 2000)

Sonstiges

- Bremen 2023
- Hessen 2023
- München-Monitor (2023)





Erhebungsmethoden 2. Demokratiebericht

- **Repräsentative Stichprobe:**
Zufallsauswahl + Migrations- und Nichtwähler-Nacherhebung (Quotierung)
- **Befragte:**
insgesamt 3.149 Einwohnerinnen und Einwohner Nordrhein-Westfalens
Oversampling: 502 Befragte *zwischen 14 und 18 Jahren*
- **Befragungsmethode:**
TOM = ADM-Mastersample; Telefon dual frame, forsa.omniTel® + repräsentatives Online-Panel forsa.omninet

10

Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen

Erhebungsmethoden im Vergleich

	Thüringen Monitor 2022	Berlin Monitor 2023
Stichprobe	Thüringer Landesamt für Statistik → quotierte Zufallsauswahl	Random-Digit-Dialing (ADM-Stichprobe) + repräsentative Stichprobe aus Online-Access-Panel
Befragte	1.885 bei Bundestagswahlen <u>wahlberechtigte</u> Thüringer und Thüringerinnen	2.048 <u>Berlinerinnen und Berliner</u>
Alter	ab 18 Jahren	ab 18 Jahren
Befragungsmethode	telefonische Befragung (CATI), ausschließlich Festnetzanschlüsse	TOM



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Ergebnissen und Handlungsempfehlungen

Prof. Dr. Susanne Pickel
Prof. Dr. Andreas Blätte
Wissenschaftliche Begleitung des 2. Demokratieberichts

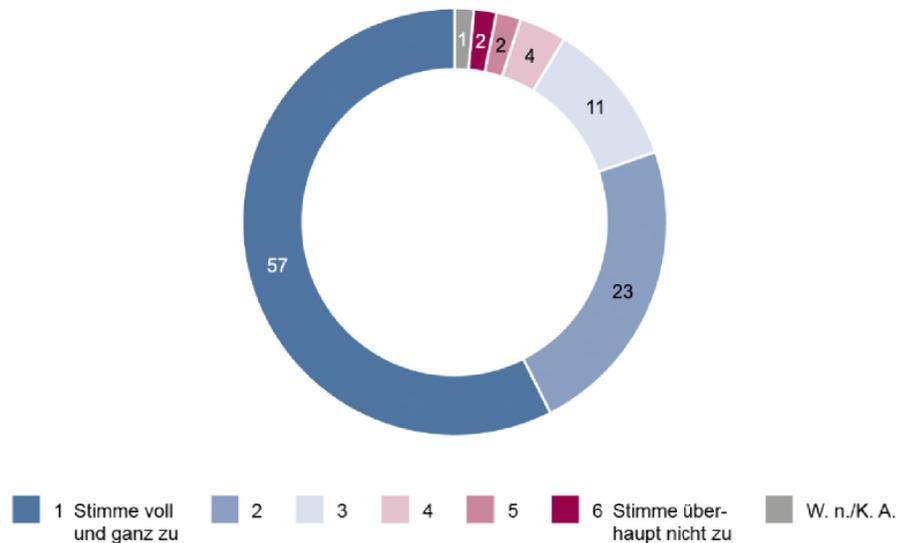


Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Einstellungen zur Demokratie

Demokratie als das politische System,
das am besten zu unserer Gesellschaft passt



Die **überwiegende Mehrheit (91 %)** der Menschen in NRW sieht die **Demokratie als bestes politisches System** für unsere Gesellschaft.

(14- bis 18-Jährige: 94 %)

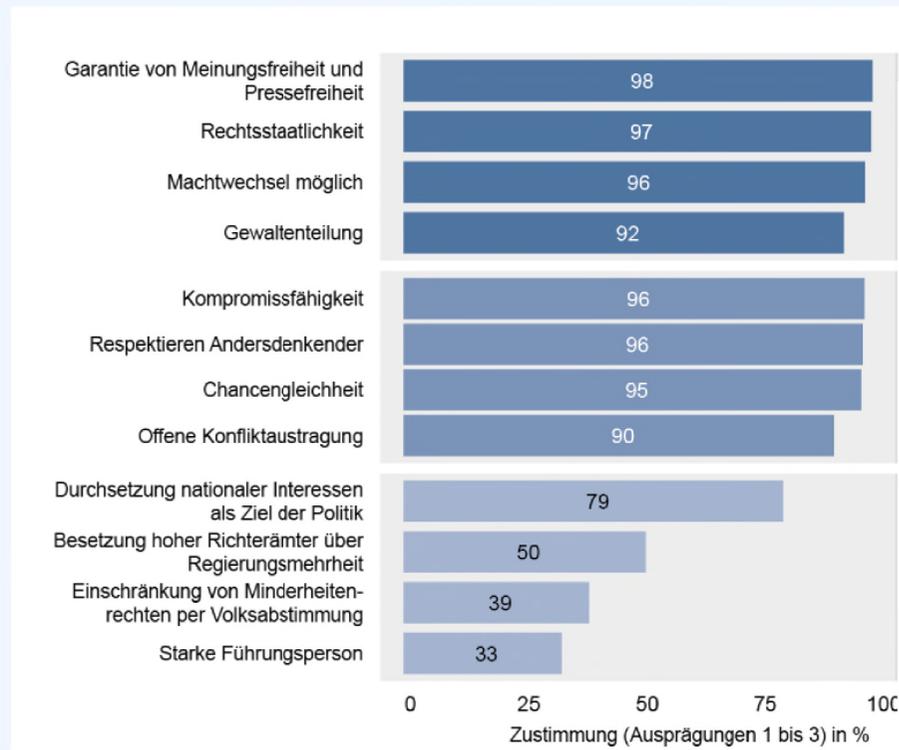
Quelle: 2. Demokratiebericht NRW, Abb. 6, S. 51



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Demokratieverständnis: Was macht Demokratie aus?



Verfassungsrechtliches
Demokratiekonzept

Lebensweltliches
Demokratiekonzept

Nicht-demokratisches Konzept
eines politischen Systems

Quelle: 2. Demokratiebericht NRW, Abb. 5, S. 45

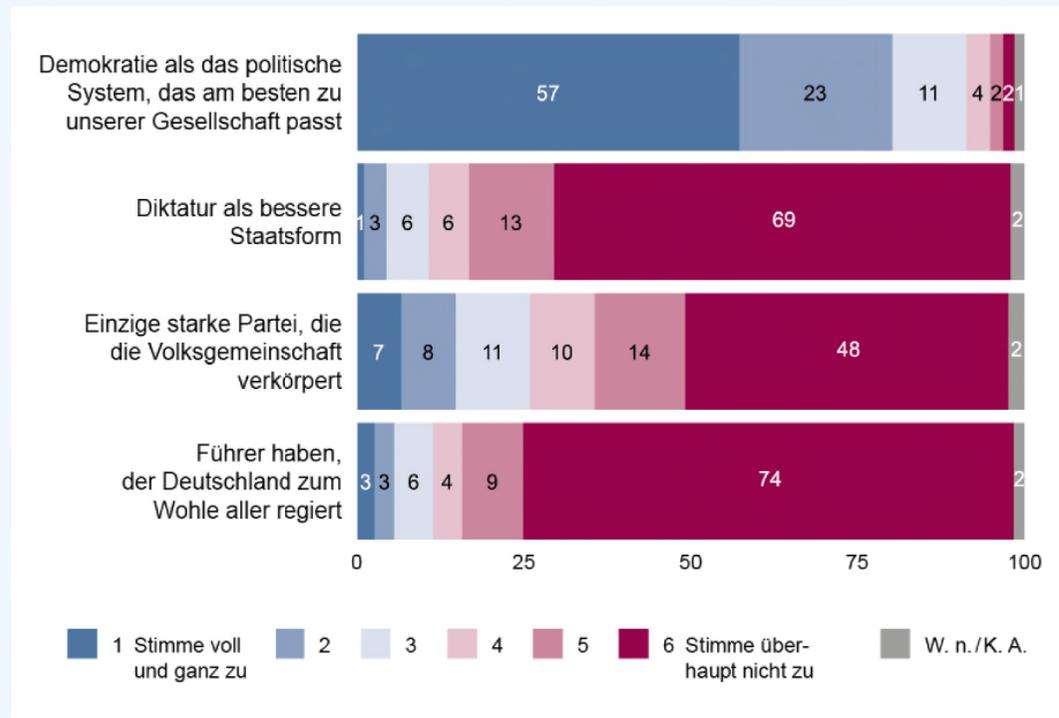


Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Zustimmung zu Alternativen zur Demokratie

*Neben der Demokratie gibt es ja noch andere Staatsformen.
Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu möglichen anderen Staatsformen zu?*



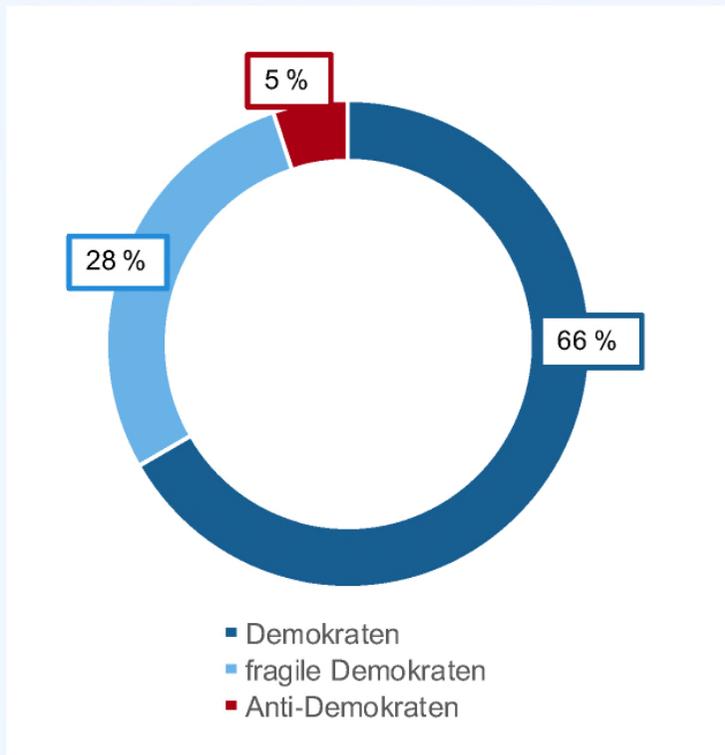
Quelle: 2. Demokratiebericht NRW, Abb. 11, S. 70



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Einstellungstypen



Demokraten

- 😊 Demokratie
- ☹️ Führer und Einparteiensystem und Diktatur

fragile Demokraten

- 😊 Demokratie
- 😊 Führer oder Einparteiensystem oder Diktatur

Anti-Demokraten

- ☹️ Demokratie
- 😊 Führer oder Einparteiensystem oder Diktatur

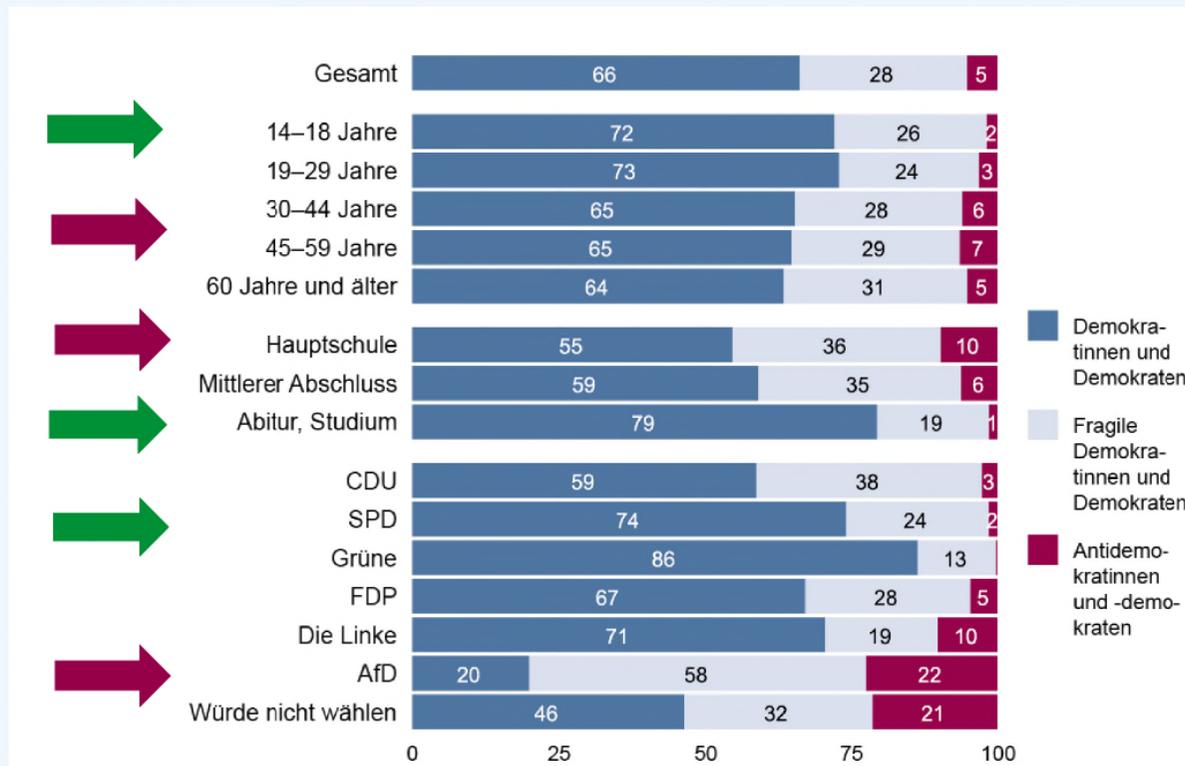
vgl. 2. Demokratiebericht NRW, S. 72



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Einstellungstypen – Alter, Bildung, Partei



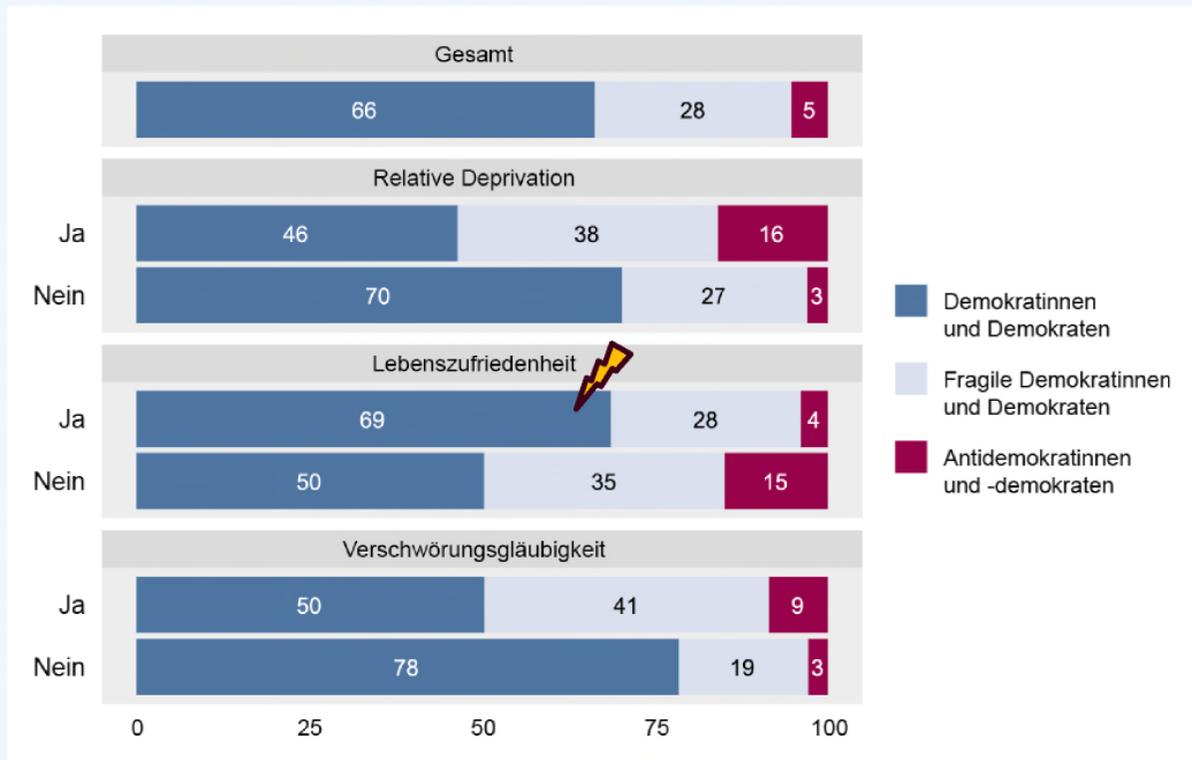
Quelle:
2. Demokratiebericht NRW,
Abb. 12, S. 72



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Einstellungstypen – Hauptursachen





Einstellungstypen – Folgen

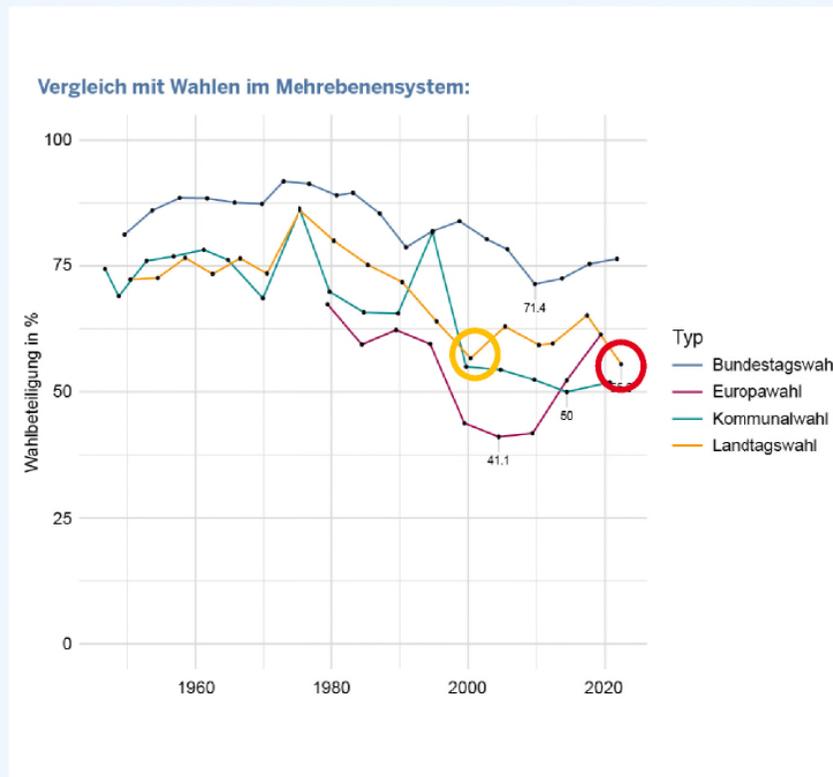
Demokratiieverständnis	➔	Abwendung von freiheitlich-demokratischer Grundordnung + Forderung nach „Verbesserung“ der Demokratie
Relative Deprivation	➔	Abwendung von freiheitlich-demokratischer Grundordnung + Etabliertenvorrechte + Wir- vs. Fremd-Gruppen (gespaltene Gesellschaft)
Lebensunzufriedenheit	➔	Abwendung von freiheitlich-demokratischer Grundordnung + Politiker- und Parteienverdrossenheit → Wechselwirkung mit relativer Deprivation
Verschwörungs- gläubigkeit	➔	Abwendung von freiheitlich-demokratischer Grundordnung + Populismus + Wir- vs. Fremd-Gruppen (bindendes Sozialkapital) + politisches Misstrauen + alle Formen von Rassismus + Extremismus möglich



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Nichtwahl bei NRW-Landtagswahlen im Kontext



Wahlbeteiligung 2022 von 55,5% ...
- Tiefpunkt im **NRW-Längsschnitt**
- Tiefpunkt im **Ländervergleich**

Vermittlungsproblem hinsichtlich der
Bedeutung von Landespolitik und
Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

Quelle: 2. Demokratiebericht NRW, Abb. 16, S. 88

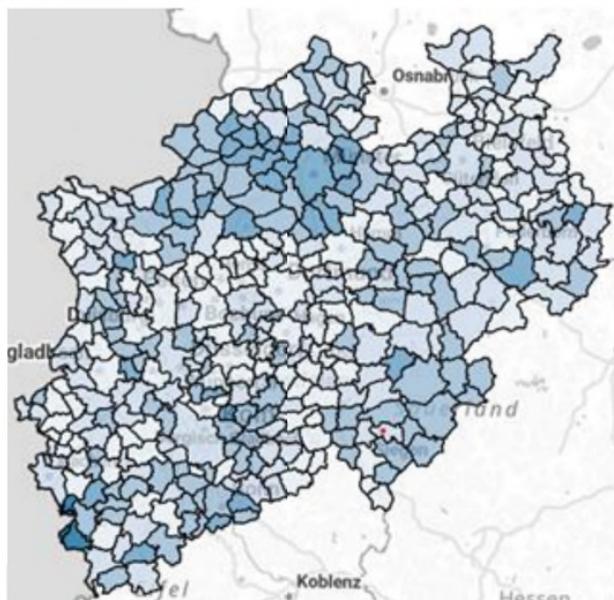


Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen

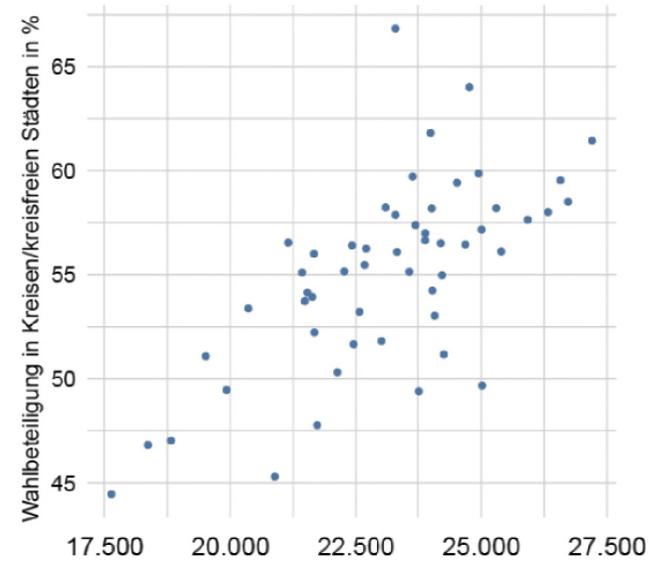


Sozialstruktur der Nichtwahl

Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Indikatoren und Wahlbeteiligung



Quelle: Statistisches Landesamt NRW (https://www.geo-statistik.it.nrw/Dashboard/2022/Wahlen/Dashboard_Wahlen_NRW.html#karten)



Verfügbares Einkommen je Einwohnerin bzw.
Einwohner in Kreisen/kreisfreien Städten
(Stand 2020, Quelle: Regionalstatistik)

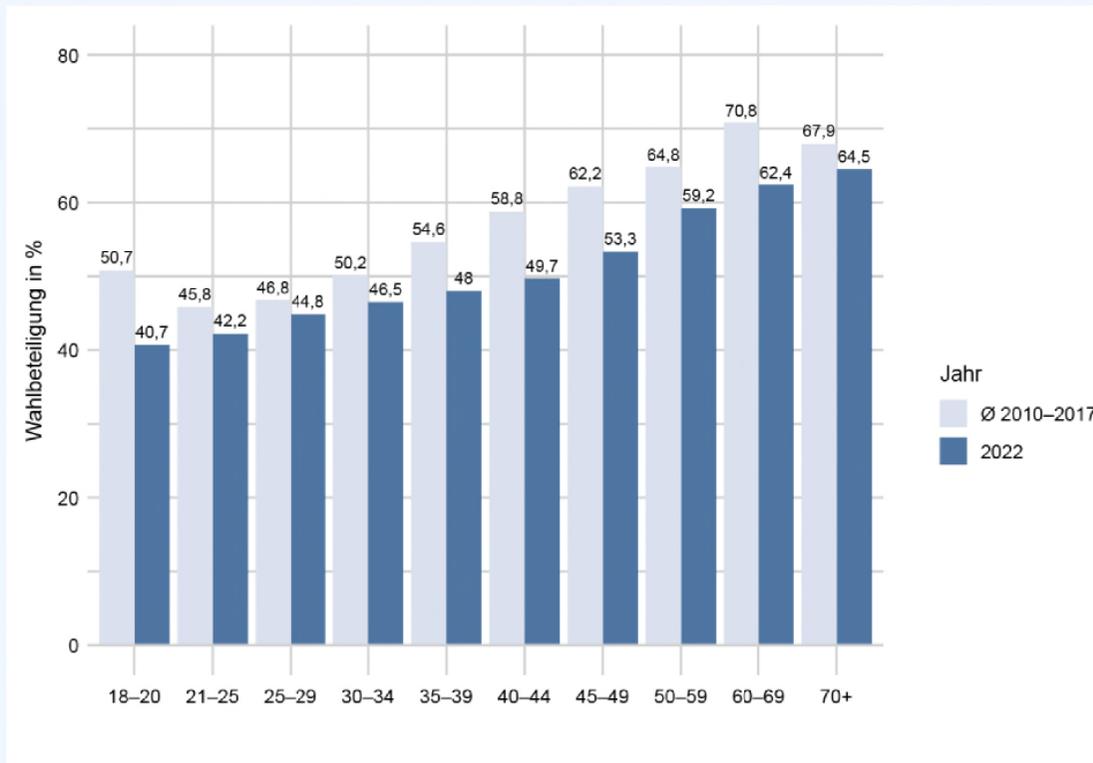
Quelle: 2. Demokratiebericht NRW, Abb. 18, S. 92



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Wahlbeteiligung bei NRW-Landtagswahlen: Alterseffekt



bei LTW 2022 **Einbruch** der Wahlbeteiligung bei den 18-20-Jährigen gegenüber der durchschnittlichen Wahlbeteiligung 2010-2017

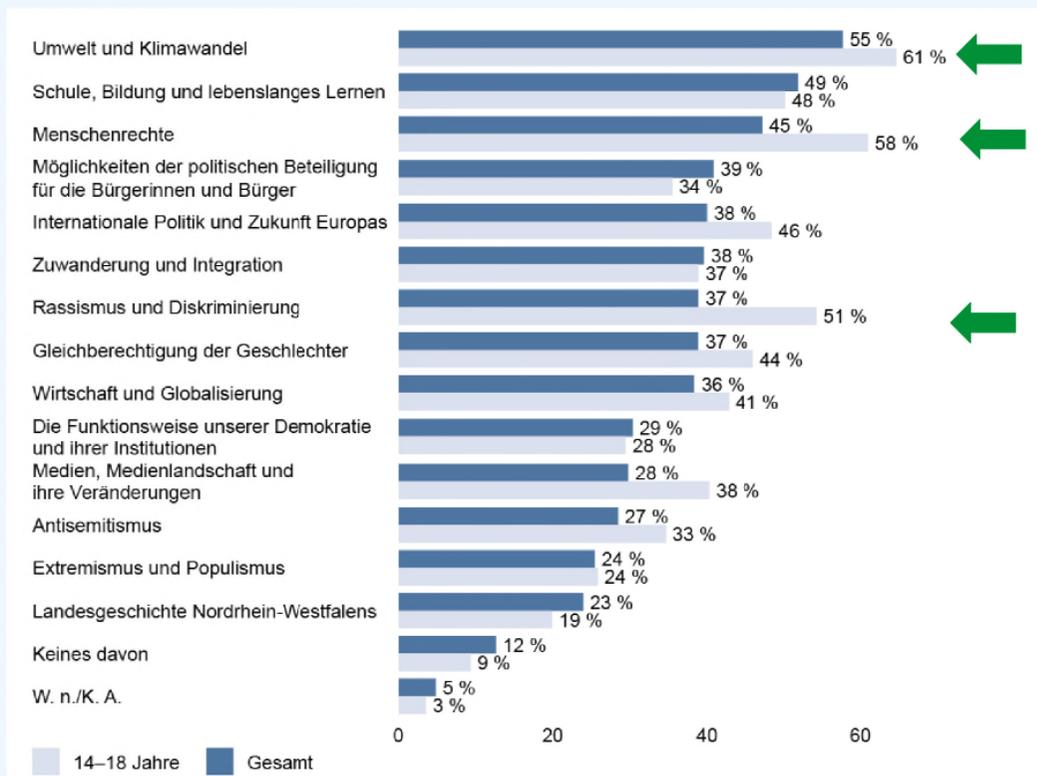
Quelle:
2. Demokratiebericht NRW,
Abb. 19, S. 93



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Thematisches Interesse an Angeboten der politischen Bildung



internationale und bundespolitische Themen bestimmen das politische Interesse der 14-18-Jährigen

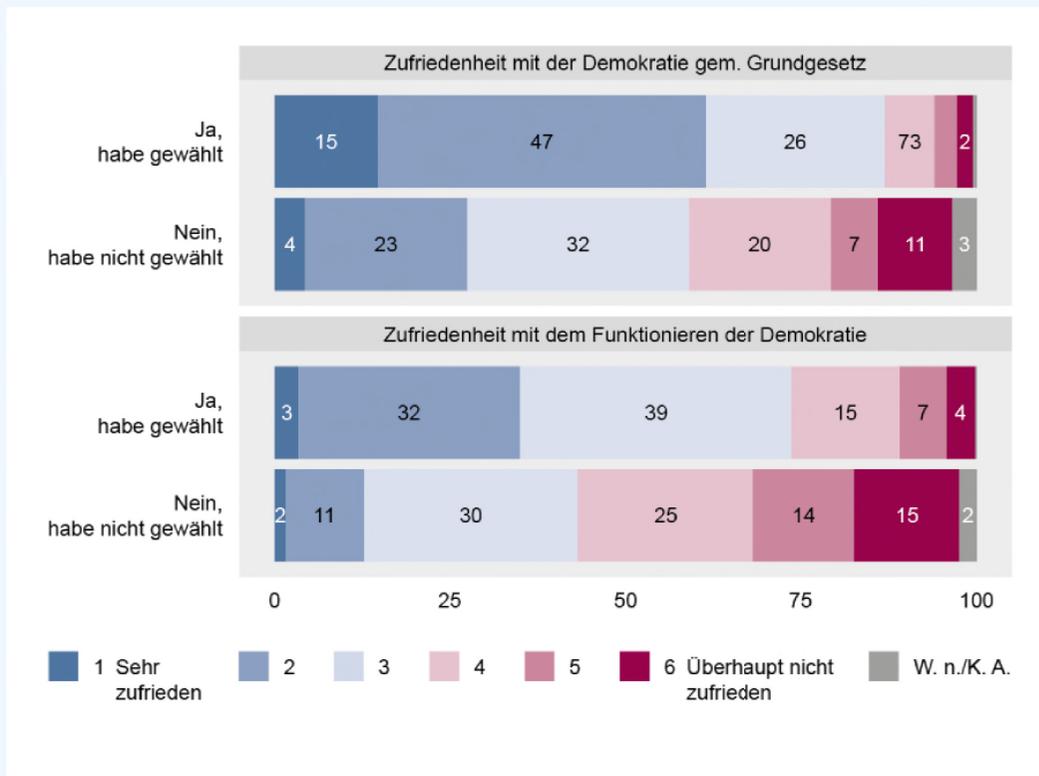
Quelle:
2. Demokratiebericht NRW,
Abb. 35, S. 122)



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Nichtwahl und (Un)Zufriedenheit mit der Demokratie



Nichtwahl geht einher mit Unzufriedenheit
“Zufriedene Nichtwähler*innen” sind ein Mythos.

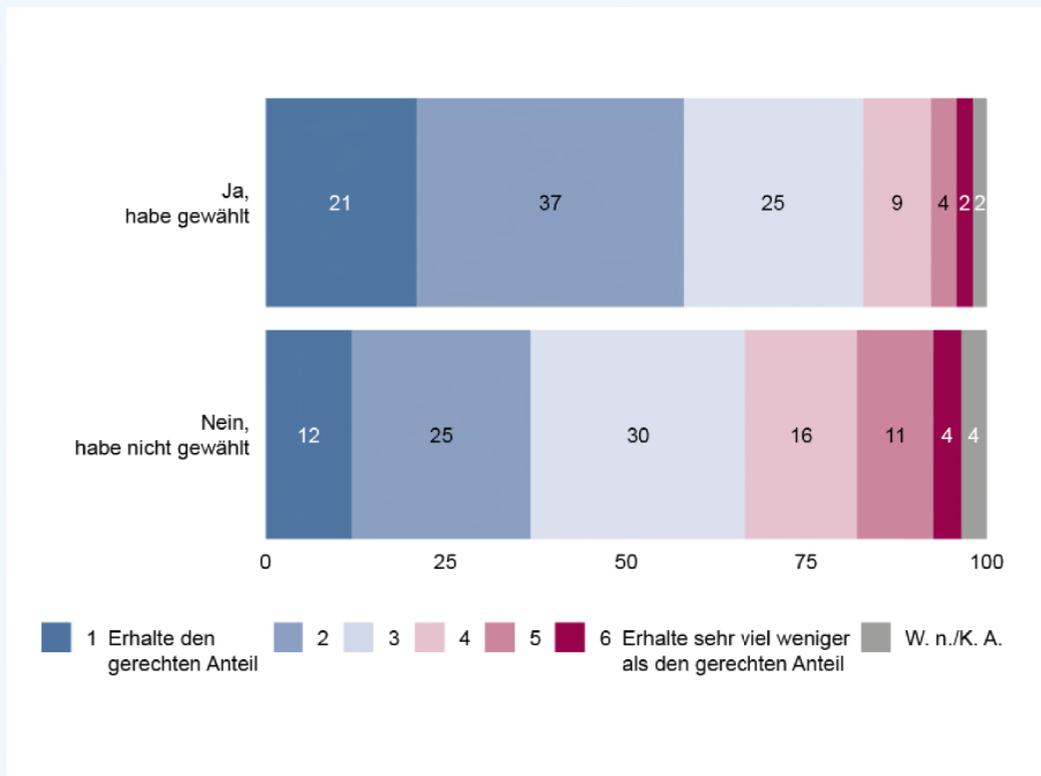
Quelle:
2. Demokratiebericht NRW,
Abb. 25, S. 102)



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Nichtwahl und Deprivation



Die wahrgenommene Stellung in der Gesellschaft wirkt sich auf die Wahlteilnahme aus.

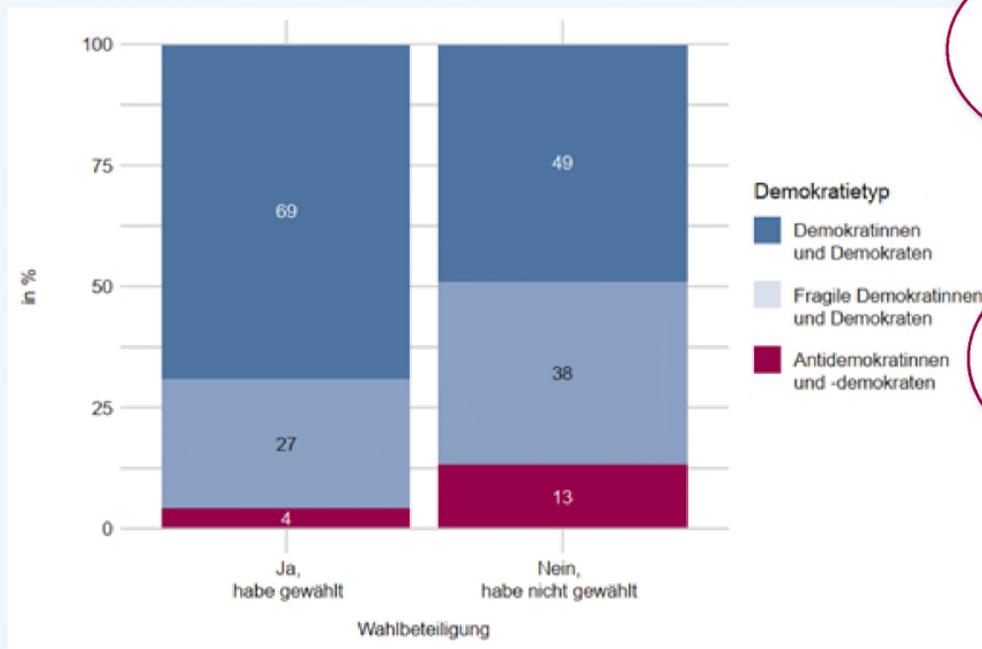
Quelle:
2. Demokratiebericht NRW,
Abb. 27, S. 105



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Nichtwahl als Ausdruck einer wachsenden Demokratieskepsis?



Quelle: 2. Demokratiebericht NRW, Abb. 26, S. 103

Ich denke, es geht nicht mit rechten Dingen zu.

Ich konnte keine Partei mit voller Überzeugung wählen.

Ich glaube nicht, dass es faire Wahlen gibt.

Durch Wahlen würde sich ohnehin nichts ändern.

Ich vertraue den politischen Wahlversprechungen nicht mehr.



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Nichtwahl und Demokratietypen im Kontext



Auch im Westen:

Unzufriedenheit - Deprivation - demokratische Fragilität - Nichtwahl



Fragilität der Mitte?

Fragile Demokratinnen und Demokraten in der Mitte des Lebens und des ideologischen Spektrums



Stellschraube Responsivitätsgefühl:

Politik erklären - Gehör schenken - Wirksamkeit ermöglichen



Stellschraube Interesse wecken:

blinde Flecken des landespolitischen Interesses
("landespolitische Sehschwäche")



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

ABLEITUNG AUS DEN ERGEBNISSEN

Prof. Dr. Andreas Blätte
Wissenschaftliche Begleitung des 2. Demokratieberichts



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Schwerpunkt 1 | Informieren

Politisches Interesse und Einstellungen zur Demokratie



Formate aufsuchender politischer Bildung

(Demokratiewerkstätten, außerschulische Lernorte, Kinder- und Jugendparlamente)



Zielgruppenorientierte, niedrigschwellige Ansprache mit aktuellen Themen

(Jugendliche, Menschen mit Migrationsbiografie, Nichtakademikerinnen und -akademiker)



Neue digitale Angebote mit politischen Bezügen

(soziale Medien, Podcasts, Videos und Apps)



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Schwerpunkt 2 | Mobilisieren

Fokus Wahlen und Gründe einer Nichtwahl



Möglichkeiten ehrenamtlicher lokalpolitischer Betätigung
(Bürgerforen und -räte)



Vermittlung von Kenntnissen über das Land und die Landespolitik
(Institutionen)



Orientierungsangebote im Vorfeld anstehender Wahlen
(Wahl-O-Mat)



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



Schwerpunkt 3 | Kooperieren

Vernetzung der Angebote der politischen Bildung



Engere Kooperation der außerschulischen Bildung mit den Schulen
(politische Medienkompetenz und Demokratiebildung)



Zusammenarbeit mit „unpolitischen“ Formaten und Akteuren
(Sportverein, auf öffentlichen Veranstaltungen wie Stadtfesten oder Festivals)



Interaktive Angebote für Jugendliche, die diese mitgestalten können
(Podcasts, Diskussionen, Wettbewerbe)



Landeszentrale
für politische Bildung
Nordrhein-Westfalen



**VIELEN DANK FÜR IHRE
AUFMERKSAMKEIT!**



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Herrn
Klaus Vossemer Mdl
Vorsitzender des Hauptausschusses

per Mail an:
klaus.vossemer@landtag.nrw.de

SVEN WOLF MDL
Sprecher im Hauptausschuss

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-26 70
Mail: sven.wolf@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

08.02.2024

**Beantragung eines schriftlichen Berichtes
für die Sitzung des Hauptausschusses am 22. Februar 2024**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für Sitzung des Hauptausschusses am 22. Februar 2024 folgenden schriftlichen Bericht:

**Härtefallfonds des Bundes u.a. für jüdische Kontingentflüchtlinge und
Spätaussiedler**

Mit Sachstand zum 19. April 2023 hat der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales mit Vorlage 18/1114 gegenüber dem Ausschuss berichtet, dass das Land NRW dem Fonds zur Abmilderung von Härtefällen in der Rentenüberleitung sowie für Spätaussiedler und jüdische Kontingentflüchtlinge („Stiftung Härtefallfonds“) nicht beitreten wird. Dies hat zur Folge, dass Anspruchsberechtigte mit Wohnsitz in NRW nicht den vorgesehenen Landesanteil in Höhe von 2500€ der Einmalzahlung zur Abmilderung von Härtefällen erhalten können. Wenngleich die Einmalzahlung selbstverständlich weder eine befriedigende noch eine endgültige Lösung im Sinne der Betroffenen darstellt, so ist dies doch eine deutliche Schlechterstellung gegenüber Anspruchsberechtigten mit Wohnsitz in Bundesländern, die der Bundesstiftung beigetreten sind, und deshalb die Einmalzahlung in voller Höhe erhalten können. Im genannten Bericht kündigte der Minister daher an, eine Initiative in Richtung des Bundes zu prüfen, um zu einer zufriedenstellenderen Lösung des Problems im Sinne der Betroffenen zu gelangen.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.



Wir möchten die Landesregierung daher bitten, zum aktuellen Sachstand der diesbezüglichen Überlegungen und Planungen der Landesregierung zu berichten und bitten dabei zudem um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Sofern die Landesregierung nunmehr eine Initiative gegenüber dem Bund verworfen haben sollte bzw. ergänzend zu einer solchen, wird die Landesregierung auf Landesebene eine eigene Lösung schaffen? Falls ja, wie wird diese ausgestaltet sein, in welcher Höhe sind Zahlungen vorgesehen und welche Gesamtsumme wird die Landesregierung zu diesem Zweck zur Verfügung stellen?
- Ein pragmatischer Vorschlag, der aktuell zur Debatte steht, ist, dass die Landesregierung ihren Anteil der aktuell vorgesehenen Einmalzahlung auch ohne Beitritt zur Bundesstiftung leistet. Kosten- und personalintensiver bürokratischer Aufwand seitens der Landesverwaltung wäre hierfür nicht erforderlich, da Anspruchsberechtigte ihren Anspruch mit Blick auf das ohnehin auf Bundesebene stattfindende Prüfungsverfahren schlicht durch den Erhalt der Zahlung der Bundesebene nachweisen könnten. Wäre die Landesregierung dazu bereit, zumindest diese Minimallösung im Sinne der Betroffenen mitzutragen?

Sven Wolf MdL

Sprecher im Hauptausschuss